Nr. 187. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 4186.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 11. August 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Zur Naturgeschichte des Militarismus.

Die zahlreichen Selbstmorde im Heere unter den kräftigsten und gesündesten Männern des Volkes bilden mit Recht eine der allerschwersten Anklagen gegen das Wesen des Militarismus. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß der Vergleich der Kasernen und Manöverterrains mit Ferienkolonien eine Frivolität ärgster Art war, so genügte der Hinweis auf die Soldatenmißhandlungen und Selbstmorde. Diese beiden Erscheinungen sind deshalb den berufsmäßigen wie freiwilligen Anwälten des Militarismus höchst unbequem. Da aber die Anklagen trotz unseres geheimen Militärgerichtsverfahrens nicht aus der Welt zu schaffen sind, so sucht man wenigstens die Enthüllungen über die Soldatenmißhandlungen als übertrieben hinzustellen und die Zahl der Selbstmorde als normal, den Durchschnittssatz im gesammten Volke nicht übersteigend, zu bezeichnen. Bei dem vollständig ungenügenden Stande der Selbstmordstatistik und der Militärstatistik ist es schwer, auf Grund thatsächlichen Materials diese Schönfärbereien ins rechte Licht zu setzen. Nur auf einen statistischen Fehlschluß sei schon hier hingewiesen. Es geht nicht an, die Zahl der im Heere vorkommenden Selbstmorde mit der Zahl der in der Zivilbevölkerung sich ereignenden zu vergleichen; vergleichen lassen sich lediglich die Selbstmorde der gleichaltrigen Zivil- und Militärbevölkerung und auch hierbei sind die verschiedenen wirthschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Der Soldat kämpft den Kampf um's tägliche Brot nicht wie der gleichaltrige Arbeiter, der Soldat ist ferner gesünder und kräftiger, als der gleichaltrige Zivilist, dessen körperliche Beschaffenheit ihn nicht bloß für den Militärdienst untauglich erscheinen läßt, sondern ihn auch zur Durchkämpfung des Kampfs um's Dasein weniger geeignet erscheinen läßt. Aus all diesen Gründen müßte eigentlich — ginge es beim Militär wie es sollte zu — die Selbstmordziffer bedeutend geringer sein, als in der Zivilbevölkerung. Leider läßt sich auf grund des zugänglichen deutschen militärstatistischen Materials die Frage der Selbstmorde in der Armee nicht mit so großem Nutzen beleuchten, wie auf grund des österreichischen Materials. In Deutschland werden die Ergebnisse der Militärstatistik so geheim gehalten, wie die Akten der politischen Polizei oder wie diplomatische Geheimnisse, während Oesterreich alljährlich ein umfangreiches militärstatistisches Jahrbuch herausgiebt, das jedermann zugänglich ist. Auf grund desselben untersuchte ein nationalökonomisch und statistisch bewanderter Wiener Arzt Dr. Siegfried Rosenfeld die Selbstmorde im österreichischen Heere*). In der folgenden Darstellung halten wir uns an den Ergebnissen dieser hochinteressanten statistischen Studie.

In der österreichischen Armee kamen in den Jahren 1870—1882 durchschnittlich auf ein Jahr 300 Selbstmorde und 60 Versuche, dagegen in den Jahren 1883—1892 jährlich 355 Selbstmorde und 105 Selbstmordversuche, demnach haben die gelungenen Selbstmorde um 18 pCt., die mißlungenen sogar um 75 pCt. zugenommen. Mit der Entwickelung des Militarismus steigert sich also auch die Häufigkeit der Selbstmorde in der Armee, während in der gleichen Zeit das Verhältniß der Selbstmorde zur Zivilbevölkerung sich nicht änderte. Während in Oesterreich auf je 100 000 Einwohner **16** Selbstmorde und auf je 100 000 Männer selbst im Jahre 1885, das eine der höchsten Selbstmordziffern aufzuweisen hat, **28** Selbstmorde kamen, wurden auf je 100 000 Soldaten **131** Selbstmorde gezählt! Auf je 100 000 im Stande der Urlauber, der Reserve und der Ersatzreserve eingereihten Personen kamen in den Jahren 1883—1891 durchschnittlich pro Jahr **21**, und auf ebenso viele Personen bei der Landwehr blos **18** Selbstmorde. Obgleich die Altersdifferenz und die viel ungünstigeren ökonomischen Bedingungen, unter denen diese Personen leben, anscheinend eine größere Häufigkeit der Selbstmorde erwarten lassen sollte, erreichte sie kaum ein Sechstel derjenigen des Präsenzstandes. Deshalb ist es für jedermann klar, daß lediglich der Dienst im stehenden Heere die Schuld an der überaus hohen Selbstmordziffer tragen kann.

Die Thatsache, daß in der ganzen Beobachtungsperiode (1870—1891) bei der Kavallerie die größte, bei der Artillerie die geringste Anzahl von Selbstmorden vorkam, dürfte auf die verschiedene Zusammensetzung der Offizierkorps zurückzuführen sein. Die Kavallerie-Offiziere entstammen, wenn auch nicht so ausschließlich wie in Deutschland, dem grundbesitzenden oft ebenso wenig gebildeten wie hochmüthigen Geburtsadel, während die Artillerie-Offiziere die gebildetsten Mitglieder ihres Standes sind. Dann kommen hierbei auch die übergroßen Anstrengungen des Dienstes gerade bei der Kavallerie in Betracht. Dies sollte gerade zu einer Entlastung der Kavalleristen führen, aber in Deutschland hat man trotzdem gerade für die reitenden Truppengattungen die dreijährige Dienstzeit belassen, während man die Dienstzeit der übrigen Truppengattungen verminderte. Dies dürfte dazu führen, daß das Mißverhältniß zwischen den Selbstmorden in der Kavallerie und bei den anderen Truppengattungen sich künftig noch weit stärker ausprägen wird.

In den Wintermonaten, wo die Soldaten bei ihren Uebungen unter der großen Kälte leiden und vor den Manövern, wo sie am meisten geschuhriegelt werden, steigen die Selbstmordziffern am meisten an.

Im ersten Monate der Dienstzeit sind fast dreimal so viele Selbstmorde vorgekommen, als dem Monatsdurchschnitte entsprechen würde, in den folgenden fünf Monaten noch zweimal so viel und von da an immer weniger. Es steht also die Selbstmordhäufigkeit im umgekehrten Verhältnisse zur Länge der Dienstzeit. Je länger aber die Dienstzeit dauert, desto mehr haben sich die Leute an das Soldatsein gewöhnt, es liegt daher die Vermuthung nahe, daß das Soldatwerden oder die ersten Monate des Soldatseins, die Ursache für die gesteigerte Häufigkeit der Selbstmorde ist, denn die anderen Selbstmordursachen wirken sonst gleichmäßig, so daß wir wieder einen Grund mehr zur Behauptung haben, daß der Militarismus an der Steigerung der Selbstmordziffern die Schuld trägt. Noch deutlicher spricht hierfür die Statistik der Selbstverstümmlungen, da drei Viertel derselben sich im ersten halben Jahre ereignen und über ein Drittel schon im ersten Monate. Fast drei Viertel sämmtlicher Soldatenselbstmorde fanden in der Kaserne, meist wohl im Zorn und Aerger über die eben erlittene Behandlung statt.

Mit größter Vorsicht blos lassen sich die amtlichen Angaben über die Selbstmordursachen verwerthen, da es doch selbstverständlich ist, daß sowohl die Vorgesetzten der Selbstmörder als auch die Militärverwaltung aufs lebhafteste interessirt ist, daß als Ursachen der Selbstmorde nicht solche angegeben werden, welche zur Bestrafung der Vorgesetzten oder zur Minderung des Ansehens der Militärverwaltung führen könnten. Man hilft sich da, indem man behauptet, daß die Ursachen der Selbstmorde unbekannt sind, was in zwei Fünftel sämmtlicher Fälle angegeben wird, ferner wird, so in 7 pCt. der bekannten Selbstmordursachen Geisteskrankheit oder Unzurechnungsfähigkeit angegeben. Damit wäscht sich aber die Militärverwaltung von ihrer Mitschuld an den Selbstmorden nicht rein, da es doch sowohl im Interesse der Geisteskranken als auch des militärischen Dienstes unverzeihlich ist, unzurechnungsfähige Personen an die Fahne zu fesseln. Trotz all dieser Beschönigungsversuche bleiben aber noch immer etwa zwei Drittel der bekannten Ursachen zu Lasten des Militarismus, denn von je 1000 Selbstmorden, die in den Jahren 1883—1891 in der österreichischen Armee vorkamen und deren Ursachen bekannt waren, wurden 336 auf Furcht vor Strafe, 200 auf Unlust zum Dienen, 10 (!??) auf Mißhandlung und strenge Behandlung, 51 auf gekränkten Ehrgeiz, 68 auf Lebensüberdruß und 37 auf Heimweh zurückgeführt. Wir gehen kaum fehl, wenn wir behaupten, daß unter den 40 pCt. unbekannten Selbstmordversuchen zahlreiche auf die vorstehenden Beweggründen vor allem auf Mißhandlung und strenge Behandlung zurückzuführen sind. Gerade die oben angeführten Ursachen der Selbstmorde kommen in der Zivilbevölkerung bedeutend seltener vor, so daß wir auch für die Art der Selbstmordursachen den Militarismus verantwortlich machen müssen. Die Zahl der Selbstmorde in unserer Armee ist etwas geringer als in der österreichischen. Es wäre aber falsch, dies auf günstigere Verhältnisse in unserer Armee zurückzuführen. Der Grund scheint in nationalen Momenten zu liegen, denn auch in Oesterreich ist in den aus Deutschen zusammen-

*) Erschien in Pernerstorfer's Deutschen Worten, August- und Septemberheft 1893. S. 449—515.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [39

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman
von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Ich schäme mich heute, weil ich einmal geglaubt habe, besser zu sein als die übrige Welt, wenn ich ihre kühle Gleichgiltigkeit nachahmte. Ich fühle jetzt einen neuen Menschen in mir erstehen, der nicht mehr seine Schuldigkeit gethan zu haben glaubt, wenn er über eine Schlechtigkeit gelächelt oder mit Widerwillen das Vorhandensein einer Eiterbeule am Leibe der Gesellschaft festgestellt hat. Der Anblick des armen, gekauften Menschen, der von dem Reichen bestochen wird, um betrogen zu werden, empört mein Herz. Sollte ich doch noch Sozialist werden? Es sollte mich nicht wundern, wenn ich noch einmal so dächte wie Vater Deschamps. Doch habe ich meinen Platz in dem großen Kampfe noch nicht gewählt. Bis jetzt habe ich wohl mehr den Wunsch als den Willen zu handeln, mehr Streben als Ueberzeugung. Aber es ist mir, als würde ich durch das Nachdenken, durch Energie, durch das Mitleid mit den andern männlicher, gereifter. Jetzt könnte Johanna mir nicht mehr vorwerfen, ich wäre ein Egoist.

Am 9. August. — Wieder eine Prämienvertheilung, diesmal in einer Dorfschule und wieder derselbe Refrain, daß die Bildung den Söhnen der Bauern und Arbeiter alle Berufsarten eröffne.

Ihr armen Kleinen! Ja, wenn Ihr tüchtig seid, könnt Ihr Korporale oder Unteroffiziere in der Armee, Brücken- und Chausseeaufseher, ja sogar Lehrer und Prediger werden. . . . . Aber, meine Freunde, Offiziere, Ingenieure, Advokaten, Aerzte, Professoren, Bischöfe zu werden, dazu sind nur die Söhne unseres Adels und unserer Bougeoisie gut. Da handelt es sich nicht darum, daß Ihr intelligent seid, sondern darum, ob Eure Eltern zehn Studienjahre für Euch bezahlen können. Man braucht Zeugnisse und Atteste, um zu den Berufsarten zu gelangen, die Geld einbringen. Man braucht aber wieder viel Geld, um diese Zeugnisse und Atteste zu erlangen. Wieviele von Euch werden in diesen circulus vitiosus, diesen fehlerhaften Kreis eindringen? Vielleicht auf tausend nicht einer.

Am 17. August. — Gestern feierte das kleine Dorf la Mazère, auf dessen Gebiet Herr von Serenoize sein Schloß hat, ein Fest. Der Park stand den Bauern weit geöffnet. auf dem großen Grasplatz waren Tische aufgestellt. Man konnte essen und trinken, so viel man wollte. Am Abend sah ich überall Betrunkene. Die Luft riecht heute noch nach abgestandenen Speisen und Getränken. Ich konnte meinen Ekel und Abscheu kaum verbergen. Herr von Serenoize sagte mir lachend: „Sie haben zu feine Nerven. Das Volk riecht nicht gut, aber es amüsirt sich wie das liebe Vieh. Man muß es nehmen, wie es ist." „Warum könnte man aber nicht daran arbeiten, auch die Vergnügungen ebenso wie die Lebenshaltung des Volkes zu heben?" sagte ich. Der zukünftige Gesetzgeber sah mich ganz erstaunt an. „Das Volk!" antwortete er, „das ist aus seinem Schmutz nicht herauszuziehen. Roh ist es, und roh wird es bleiben. Nehmen Sie doch nur unsere Bauern, Leute, die sich für eine Flasche Schnaps verkaufen! Der gestrige Tag hat mich 2000 Franks gekostet, aber er bringt mir auch 300 Stimmen ein! Dafür ist er nicht zu theuer."

Ich erwiderte nichts, aber ich dachte: Wer ist der Schuldige, der arme Teufel, der seine Stimme aus Noth und Unwissenheit verkauft oder der große Herr, der sie aus Ehrgeiz kauft?

Am 21. August. Der Himmel ist grau, der Wind heult, die Bäume beben im Sturme. Große Wolken jagen sich unaufhörlich. Ist es die Düsterkeit der Natur, die heute auf mich wirkt? Ich weiß es nicht. Aber ich bin so traurig, als sollte die Sonne nie wieder scheinen. Warum bin ich heute so trübe gestimmt? Ist es der Kummer um mein verlorenes Vermögen? Neid auf diejenigen, welche jetzt das besitzen, was ich nicht mehr habe? Ich glaube es nicht. In diesem Punkte kann ich mit mir zufrieden sein. Ich leide weniger, als ich früher glaubte, unter der Nothwendigkeit, mir mein Brot wie so viele andere selbst verdienen zu müssen. Aber ich leide, weil ich mich allein fühle, so schrecklich allein, und weil ich so abhängig bin. Meine Wirthe verstehen mich nicht, können mich nicht verstehen. Ich muß mich mit meinen Ideen und Gefühlen tief in mein Inneres flüchten. — „Was für Menschen!" sagte Frau von Serenoize gestern zu mir, als sie von den Fabrikarbeitern sprach. „Glauben Sie, daß sie im stande sind, nicht für meinen Mann zu stimmen, der ihnen seit fünfzehn Jahren Arbeit giebt? Wie sollten sie wohl ohne ihn leben?" Ich hätte beinahe geantwortet: „Und er, wie wäre er ohne sie reich geworden?" Aber ich schwieg. Es kann nicht meine Aufgabe sein, diese Leute Billigkeit im Denken zu lehren, die mich für ganz andere Leistungen bezahlen. Frau von Serenoize, die dennoch eher gut von Charakter als schlecht ist, ist fest davon überzeugt, daß ihr Mann mehr gethan hat, als seine Pflicht war, indem er die Leute nicht einfach verhungern ließ, die ihm rund 30 000 Franks Profit im Jahre erworben haben. Nun soll man ihr auseinandersetzen, daß die eigentlichen Undankbaren

gesetzten Truppenkörpern die Selbstmordhäufigkeit verhältnißmäßig geringer als bei den anderen österreichischen Nationalitäten. Aber auch wir haben uns über allzu große Häufigkeit der Selbstmorde in unserem herrlichen Kriegsheere zu beklagen, auch uns ist die große Anzahl der Selbstmorde in der Armee ein Beweis, daß unsere Brüder im zweifarbigen Tuche nicht so behandelt werden, daß sie sich ihres Lebens freuen können.

Die Häufigkeit der Selbstmorde im Heere zwingt uns, den Militarismus ebenso hartnäckig und energisch aus Gründen der Menschlichkeit wie aus wirthschaftlichen und politischen Beweggründen zu bekämpfen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. August.

Die Finanzministerkonferenz hat am 9. August, wie die „Frankfurter Zeitung" trotz des gelobten Stillschweigens der Theilnehmer erfahren hat, die Tabakfabrikatsteuer, wenn auch nicht einstimmig, grundsätzlich angenommen. Die Höhe der Steuer und die Abmessung der Abstufungen soll späterer Berathung vorbehalten bleiben, weil erst, wenn das reichsfinanzielle Deckungsprogramm vollständig vorliege, auch der Ertrag der Tabaksteuer genau abgeschätzt werden könne. Es werde die Bemessung dieses Mehrertrages ganz davon abhängen, wie die übrigen Steuerprojekte aufgenommen würden; mit anderen Worten: je weniger die anderen Steuervorschläge Aussicht auf Annahme hätten, desto mehr müsse der Tabak bluten und umgekehrt. Die Produktionssteuer werde fallen und dementsprechend der Tabakzoll genau um 45 M. herabgesetzt werden. Was die Art der Besteuerung betrifft, so sei eine Stempelung beim Fabrikanten in Aussicht genommen. Es werden drei Hauptklassen angenommen, Zigarren, Rauchtabak, Schnupftabak, innerhalb deren Abstufungen nach dem Werthe Platz greifen. Die Einführung von Banderollen, wie sie anderwärts in Gebrauch sind, sei nicht beabsichtigt, vielmehr beschränkt sich die Aufsicht auf eine Buchkontrolle, die „unter thunlichster Schonung der kleineren Produzenten" durchgeführt werden solle. Ueberhaupt gedenke man die Kontrolle so weit zu erleichtern, als nur irgend möglich sei, um jede Schädigung der Betriebe fernzuhalten. Man hoffe, daß das Tabaksfabrikats-Steuergesetz bereits am 1. April in Kraft treten könne. Auch über das Stempelsteuer-Gesetz wurde berathen, und auch hierüber ist man, wie verlautet, zu einer gewissen Einigung gekommen, die indessen ganz allgemeiner Natur ist. „Die Frage gilt in ihren Einzelheiten noch nicht als spruchruf, weil gerade in der letzten Zeit beachtenswerthe Mittheilungen über die Bedürfnisse des Geschäftslebens gemacht worden sind, die eine Berücksichtigung erheischen. Weitere sorgfältige Berathungen sind in Aussicht genommen, da die Absicht besteht, das solide Geschäft thunlichst wenig zu belästigen." Endlich ist auch die Quittungssteuer in den Kreis der Berathungen gezogen worden. Schält man den Kern aus dem Wust schöner Redensarten heraus, so bleibt das Eine übrig: erhöhte indirekte Steuern, Mehrbelastung der Volksmasse. Weshalb die Herren Minister aber durch die Hinterthüren ihre Beschlüsse den Berichterstattern zuraunen, anstatt im „Reichs-Anzeiger" einen Bericht über den Gang der Verhandlungen erstatten zu lassen, das ist auch ein Geheimniß der „höheren Politik". —

Heraus mit der Sprache! Wir haben dieser Tage (Nr. 185 vom 9. Aug.) die von einem offiziösen Blatte gebrachte Meldung eingehend besprochen, wonach zwar die Unternehmer als „Gutachter" über die gewerbliche Sonntagsruhe nach Berlin berufen worden seien, während die Arbeiter durch die Gewerberäthe vernommen werden sollten. Bis zu diesem Augenblick hat die Reichsregierung die Nachricht, die uns das zweierlei Maß der famosen Sozialreform von Oben in seiner ganzen Herrlichkeit enthüllt, nicht bestritten. Es leuchtet ein, daß diese neueste Maßregel ein gegen die Arbeiterschaft geführter Schlag ist. Die Arbeiter, diejenigen also, die am meisten interessirt sind am Arbeiterschutz der Gewerbenovelle, an der Sonntagsruhe, werden zu „Interessenten" zweiter Klasse herabgedrückt, die es nicht werth sind, daß sich die Regierung unmittelbar mit ihnen auseinandersetzt. Man bevormundet sie, man schickt Gewerberäthe, anstatt die Arbeiter zu veranlassen, aus freier Wahl hervorgegangene Vertrauensleute zu der Besprechung zu entsenden. Haben nur die Gruben- und Hüttenbesitzer das Verständniß und das Recht, mitzusprechen, werden die Arbeiter auch hier zurückgesetzt? Wir verlangen, daß die Regierung eingehend über den Sachverhalt Auskunft giebt und zwar in dem ihr zu Gebote stehenden Amtsblatt, dem „Reichs-Anzeiger". Noch ist es Zeit, einzulenken und das Richtige zu thun. Verstehen die Beauftragten der Regierung aber so wenig die Zeichen der Zeit, daß sie durch ihr Vorgehen, das die bevorrechtete Stellung des Besitzes grell beleuchtet, das soziale Mißtrauen der Arbeiterschaft steigern, so tragen sie die Schuld allein, nur sie, die offenbar wünschen, „unter sich" zu sein. Daß die bürgerliche Presse einhellig ist im Schweigen über die neue den Arbeitern angethane Unbill, wundert uns nicht. Wenn es sich freilich um die Börsensteuer handelte! Wir erklären zugleich, daß es uns nicht genügt, wenn das Organ der Stumm und Kardorff, die „Post", in ihrer Ausgabe vom 11. August schreibt:

„Es ist eine durchaus irrige Annahme, daß über die betreffs der gewerblichen Sonntagsruhe zu erlassenden Ausführungsbestimmungen nur die Arbeitgeber vernommen werden sollen. Zu der im nächsten Monat nach Berlin zu berufenden Konferenz werden ebensowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber eingeladen werden."

Wir fordern, daß die Regierung im „Reichs-Anzeiger" das Wort ergreift, offiziöse Ableugnungen in Blättern vom Schlage der „Post" haben für uns keines Strohhalms Gewicht. Heraus mit der Sprache! —

Die Vertreter des Gastwirthsverbandes haben bei Miquel, bei Maltzahn und Unterstaatssekretär von Schraut ihre Audienz gehabt. In einer Denkschrift zählen sie eine Reihe von „Mißständen" auf, die nach der Ansicht der Petenten zu dem Niedergang des Wirthsgewerbes beitragen. Sie wenden sich gegen die sogenannten Vereinswirthschaften, das Zimmervermiethen mit Pension und die Privatkostgebereien, namentlich aber gegen den Flaschenbier-Handel und -Verkauf, der konzessions-, verordnungs- und im Kleinverkauf steuerfrei betrieben werden könne, während der Wirth nur unter Konzession, Verordnung, bedeutenden Steuern und großen Geschäftsunkosten das Bier absetzen könne. Staatssekretär von Maltzahn sagte zu, daß die Konzessionspflicht des Flaschenbier-Handels oder -Verkaufs demnächst im Reichstag zur Berathung kommen solle; die Regelung des Kantinen- und Vereinswirthschaft-Wesens liege bereits dem Reichstage vor und zwar in einem den Petenten günstigen Sinne. Die Kantinen, Konsumvereine, Offiziervereine, sowie die Bierbrauer, die Bier an Private abgeben, würden danach künftighin besteuert werden. Ueber Miquel's Offenbarungen vernimmt man nichts. Herr von Maltzahn aber, der in wenigen Wochen seine Amtszeit zu den „angenehmen Erinnerungen" zählen wird, hat doch bald „nix to seggen". —

Die künftige Dienstpflicht der Ersatzreservisten. In dem Gesetz, betreffend die Friedensstärke des deutschen Heeres heißt es:

„Die Aushebung der Ersatzreservisten im bisherigen Sinne, welche beizubehalten bei gleichzeitiger Einführung zweijähriger Dienstpflicht zur Unmöglichkeit wird, kommt in Fortfall; die Einrichtung als solche und die Uebungspflicht bleiben bestehen, da die Nothwendigkeit vorliegt, körperlich minderwerthige Mannschaften in einigen Spezialzweigen, z. B. Verwaltungs- und Krankendienst, in beschränktem Umfange auszubilden."

Die bisherigen Einziehungen von Ersatzreservisten auf 10, 6 und 4 Wochen zur Ausbildung mit der Waffe fallen fortan allgemein weg. Dagegen können die Gestellungspflichtigen, die künftig der Ersatzreserve zur Verwendung im Verwaltungs- oder Krankendienste überwiesen werden, in beschränktem Umfange zur Ausbildung herangezogen werden. —

„Der Kapitalismus hat das Klima verschlechtert, die große Dürre, Ueberschwemmungen und verheerende Stürme herbeigeführt." So sagte unser Genosse Bürkli in seiner Ansprache an den Internationalen Kongreß. Die Possenreißer des Pindterblattes haben darüber ihre Kapriolen geschnitten. Wir überließen sie deshalb ihrer Klowsthätigkeit, weil wir nicht annehmen wollten, daß sie in amtlichem Auftrage Fratzen schnitten. Da aber ernsthafte Blätter die Möglichkeit einer solchen Annahme erörtern, so sei einfach darauf hingewiesen, daß der kapitalistische Raubbau, der ganze Länder durch Entwaldung verödet hat, in der That die Schuld trägt an klimatischen Veränderungen, an Wassernoth, an Dürre u. s. w. Die Bajazzi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mögen bei irgend einem Kanzlisten des landwirthschaftlichen Ministeriums oder bei einem Waldläufer sich über die Aufgaben der staatlichen Forstpolitik und über die Zustände z. B. in Südtirol unterrichten, das infolge der wahnwitzigen Abholzung aus den Katastrophen nicht herauskommt. Daß der Kapitalismus außerdem noch die publizistischen Schmarotzerthiere der offiziösen Presse herbeigeführt hat, ist eine Thatsache, für die die Pindter durch ihre Gegenwart selbst am deutlichsten zeugen. Wenn solche Parasiten den Internationalen Kongreß nicht sehen und ihn als etwas Nichtssagendes behandeln möchten, so ergötzt diese Wanzentaktik des Todtstellens den Unbefangenen. —

Der Hader im Zentrum erweckt bei den Häuptlingen der Fraktion schwere Sorgen wegen des Würzburger Katholikentages. In der Presse wird zum Sammeln geblasen. Eine große Kundgebung müsse, so heißt es, die Einigkeit der Partei offenbaren. Aber an dem Zentrumskarren ziehen die Gäule nach verschiedenen Richtungen. Hott und Hü, Hü und Hott, Lieber und Ballestrem, Schorlemer und Bachem, ein arges Durcheinander. Und unterdeß bröckelt der „feste Thurm." —

Die Bourgeoisie, die doch die Sozialreform in Erbpacht hat, muß dazu gezwungen werden, die einfachsten sozialpolitischen Anstandspflichten zu erfüllen. In Halberstadt hatte die Stadtverordneten-Versammlung sich geweigert, ein Gewerbegericht zu schaffen, obwohl von den Arbeitern es dringend gefordert worden war. Das Bedürfniß dafür war da, aber die Herren wollten nicht. Die Halberstädter Arbeiter wandten sich an die Regierung. Jetzt hat eine ministerielle Verordnung verfügt, daß ein Gewerbegericht zwangsweise zu errichten sei. —

Der Fall Feichter. Wir lesen im Mülhauser „Expreß": „Wie es heißt, wird die Verhandlung gegen den Polizeipräsidenten Feichter am 17. August unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Es ist zunächst ein Gerücht, was ich Ihnen auch nur als solches mittheilen will. Wir halten es aber kaum für möglich, in diesem Falle den bekannten Gesetzesparagraphen von der Gefährdung der öffentlichen Ordnung angewendet zu sehen." Wir hingegen halten es sehr gut für möglich, möchten der Behörde aber nicht zu dem Entschlusse Glück wünschen, wenn er wirklich gefaßt sein sollte. Das Mißtrauen, das in vielen Gemüthern gegen die bürgerliche Rechtsprechung tiefen Fuß gefaßt hat, erhielte durch eine solche Maßnahme neue Nahrung. —

An Reichsmünzen sind im Monat Juli in den deutschen Münzstätten zur Ausprägung gelangt: an Goldmünzen für 1 452 820 M. Kronen, und zwar sämmtlich auf Privatrechnung, an Silbermünzen für 341 140 M. Fünfmarkstücke, für 1 688 792 M. Zweimarkstücke, für 399 085 M. Einmarkstücke, an Nickelmünzen für 158 544,10 M. Zehnpfennigstücke, für 60 019,20 M. Fünfpfennigstücke und an Kupfermünzen für 15 654,70 M. Einpfennigstücke. —

Der Großgrundbesitz findet in der „Kreuz-Zeitung" immer eine eifrige Advokatin. Das auch von uns besprochene katholisch-soziale Programm fordert u. a. eine Höchstgrenze für den Bodenerwerb. Flugs sucht das Junkerblatt diese Forderung dadurch in üblen Geruch zu bringen, daß es ihr die Etikette aufklebt: „Das ist sozialdemokratisch." Wir hätten dem Organ des alten und befestigten Grundbesitzes eine eindringlichere Kenntniß unserer Grundsätze und Forderungen zugetraut. Möge uns doch die „Kreuz-Zeitung" sagen, wo in aller Welt die Sozialdemokratie eine Maximalgrenze für den Erwerb von Grund und Boden verlangt. Wir sind zu gute Kenner der wirthschaftlichen Entwickelung, als daß wir Stellung nähmen gegen einen geschichtlichen Vorgang, die Verdichtung des Besitzes in immer wenigere Hände, die die gesellschaftlichen Gegensätze immer mehr verschärft und so die endgiltige Auseinandersetzung beschleunigt. Verficht die „Kreuz-Zeitung" die Sache des den Kleinbetrieb aufsaugenden und beständig wachsenden Großbetriebs, so ist das natürlicher, sie mag sagen ihr „gottgewollter" Beruf. Wenn sie am Schluß zimperlich meint, ein „Uebermaß an Latifundien-Besitz" erscheine auch ihr „im Interesse des Staatsganzen nicht vortheilhaft", so ist eben die Frage, was ihr als „Uebermaß" erscheint. So reichlich das Junkerthum mit Zöllen, Steuergeschenken, Liebesgaben, Ausfuhr-Vergütungen, den besten Aemtern in Heer und Verwaltung gespeist wird, die Bescheidenheit der „Edelsten und Besten" weiß doch nichts von einem „Uebermaß" des Liebesmahls, das die arbeitende Klasse ihr auftischen muß. —

Der Fall Frank. Die pp. Amtsverkündiger, schreibt unser Bruderorgan, der Offenburger „Volksfreund", suchen sich mit allen erdenklichen Mittelchen um die Thatsache zu drücken, daß der größte Theil der dem Schlußakt beiwohnenden Lahrer Bürger, ferner beinahe alle edlen Frauen und noch edleren Jungfrauen, ja sogar — furchtbar zu hören! — mehrere gesinnungsechte Staatsdiener dem „freisinnig-sozialistischen" Vortrag des Abiturienten Frank lebhaften Beifall zollten. Was sagt aber der „Ortenauer Bote", die „Bad. Presse" 2c. dazu, daß nach dem Schlußakt viele Lahrer Herren, darunter nationalliberale Stadträthe, dem Vater des Gemaßregelten unter warmen Glückwünschen die Hand schüttelten?! Ich glaube, es würde auch der ausgesprochenen Findigkeit des Artikel-Schmiedes der „Lahrer Zeitung" schwer fallen, bei jenen Herren sozialistische Ideen zu entdecken, wie er es wohl auch kaum wagen dürfte, denselben die Fähigkeit, einem wissenschaftlichen Vortrag zu folgen, abzusprechen. Als werthvolles Material zu einer Naturgeschichte des badischen Amtsverkündigers diene folgendes: die teutonischen, für reif befundenen Lahrer Abiturienten beschädigten nach dem Kommers (dem Frank nicht beiwohnte) in pöbelhafter Weise einen Neubau. Wo bleibt da Eure Entrüstung, Ihr Kämpfer für nationalliberale Gesittung, wo bleibt da der Nothschrei über den „unangenehmen Eindruck"? Die Amtsverkündiger schweigen wohlwollend über diesen „Jugendstreich". Ja, wenn Arbeiter diese Bäuerei gemacht hätten, dann wäre es etwas anderes! Nicht wahr, edle liberale „Lahrer Zeitung"? —

Die glücklichen Bergleute. Damit die belgischen Ingenieure, die in diesen Tagen in Dortmund zum Besuch sind, den Eindruck bekommen sollen, im Kohlenrevier sei alles schön und gut, hat die Firma Schüchtermann u. Kremer ihr Werk ausgeschmückt. Es befindet sich dabei unter anderen folgende Reimerei:

Schön ist's Bergmannsleben,
Herrlich ist der Lohn;
Seine Werke geben
Glanz dem Königsthron.

Welches Glück, ein Bergmann zu sein! Auf die schäbigen Wahlbeeinflussungen der Dortmunder Unternehmer machen sich — die Arbeiter einen Vers. —

Dragonerlieutenant Bopp II, der als Hauptperson bei dem neulichen Straßenauflauf in Ulm so viel von sich reden machte, soll neueren Nachrichten zufolge außer Dienst gestellt worden sein. Zuerst war die Versetzung desselben nach Wiblingen gemeldet worden. In Ulm reißt der Faden nie ab. Erst die Lauenstein-Geschichte, nun die Bopp-Affäre. —

Immer schneidig. Zwischen einem Fähnrich des 13. Infanterie-Regiments und einem Schlosser in München kam es in einer der letzten Nächte auf der Straße zu einem Streit, in dessen Verlauf der Schlosser dem Fähnrich eine Ohrfeige versetzte. Darauf hieb der Fähnrich seinen Gegner mit der scharf geschliffenen Waffe über den Kopf, so daß der Schlosser wehrlos gemacht war. Mit Hilfe eines Sergeanten wurde darauf der Arbeiter festgenommen und einem Gendarmen übergeben. Die Menge, welche sich aus Anlaß des Vorfalles angesammelt hatte, war sehr erregt und zeigte große Lust, dem Fähnrich und dem Sergeanten zu Leibe zu gehen. —

Zur Alters- und Invaliditätsversicherung. Ein Beleg für die Langsamkeit, mit der der Versicherungsapparat arbeitet! Der Taglöhner Pelster aus Neuwarendorf war 1891 mit einem Anspruch auf die Altersrente abgewiesen worden. Er unterbreitete seine Sache dem Berufsgericht und es dauerte fast zwei Jahre — bis zum 15. März 1893 —, bis seine Reklamation durch Zuerkennung der Rente erledigt war, inzwischen hatte er 12mal den Weg zum Amtmann und 2mal zum Landrath machen müssen. Nun dauerte es noch 4 Monate, bis der Mann — in der vorigen Woche nämlich — von dem Urtheil des Berufungsgerichtshofes in Kenntniß gesetzt wurde. Ueber die Auszahlung der Rente kann immerhin auch noch einige Zeit verstreichen; hoffentlich erlebt der Mann diesen Tag noch. —

Der englische Grubenarbeiter-Ausstand. Wolff's Telegraphen-Bureau meldet unterm 10. August:

Die Bergarbeiter des Glasgower Bezirks (Schottland) beschlossen zu streiken, falls ihnen eine Lohnerhöhung um einen

---

nicht diejenigen sind, welche sie anklagt! — Das schriftliche Aussprechen hier auf dem Papier erleichtert mich, aber was würde ich für ein Paar Plauderstunden mit meinen Freunden Deschamps geben!

Am 22. August. Wer sagte doch, daß Herr Philippeaux nicht richtig französisch sprechen könne? Jetzt entpuppt er sich mit einem Male als Schriftsteller. Eine Broschüre erscheint unter seinem Namen, die noch dazu für eine politische Broschüre garnicht schlecht geschrieben ist. Sie hat nur einen großen Fehler: Wer den angeblichen Vater kennt, kann nicht glauben, daß das Kind von ihm sei. Man schreibt es seinem Sekretär zu, der nichts weiter besitzt, als Talent. Glücklicherweise für Herrn Philippeaux ist das Forschen nach der Vaterschaft von unserem Gesetzbuch verboten. Aber warum soll man unsere sozialen Zustände nicht bewundern, die es einem Dummkopf gestatten, sich für wenig Geld Geist, Ideen und Stil zuzulegen?

* * *

Zu dieser Zeit erhielt André einen Brief von seiner Mutter, der ihn sehr beunruhigte. Sie theilte ihm, ohne Einzelheiten anzugeben, mit, daß Germaine's Gesundheitszustand sehr besorgnißerregend geworden wäre. Sie bat André nicht, zu kommen, aber ihr Brief ließ eine solche Herzensangst, einen so innigen Wunsch, ihren Sohn zu sehen, durchblicken, daß André sofort zu Herrn von Serenoize ging. Er bat ihn um Urlaub für einen Tag. Die Wahlperiode war noch nicht eröffnet, so konnte Herr von Serenoize seinen Sekretär auf vierundzwanzig Stunden entbehren. Er willigte ein, und am nächsten Morgen sank der junge Mann in die Arme seiner Mutter, die, als sie ihn sah, vor Freude und Bewegung beinahe ohnmächtig geworden wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Shilling pro Tag nicht bewilligt würde. Die Besitzer der Kohlengruben wollen eine Lohnerhöhung um einen halben Shilling bewilligen.

Swansea, 10. August. Die Steiger der Gruben in Bonne-Maesteg haben die Arbeit wieder aufgenommen. Mit den Stegern der übrigen Gruben finden Unterhandlungen statt.

Der Preis der Yorkshire-Kohlen ist um 7 Shillinge für die Tonne (zu 10 Doppelzentnern) gestiegen. —

In bürgerlichen Blättern liest man über die Lage der Dinge am 9. August:

In London ist der Preis der Kohlen nicht weiter gestiegen und ist die Nachfrage gegenwärtig geringer, als in anderen Jahren um diese Zeit, da alles darauf wartet, daß der Preis wieder fallen werde. Viele Eisenfabrikanten der Binnengrafschaften haben gestern angekündigt, daß sie einstweilen ihre Fabriken schließen müssen. Einer der Führer der Bergleute, der Parlamentsabgeordnete Woods, erklärte gestern in einer in Pemberton gehaltenen Rede, der Ausstand werde ohne Ruhestörungen verlaufen, wenn die Behörden nicht, wie in früheren Fällen, sich einfach auf die Seite der Kapitalisten stellten. Sollte dies auch diesmal geschehen, so möge niemand die Führer der Feiernden verantwortlich machen. Bei früheren Ausständen sei es nur deshalb zu Unruhen gekommen, weil die Polizei die Feiernden wie wilde Thiere gehetzt habe. Ziemlich unerwartet verlief die Sitzung des Vollzugs-Ausschusses der Bergleute von Durham. Der Ausschuß verhandelte darüber, was geschehen solle, nachdem die Grubenbesitzer die 15 prozentige Lohnerhöhung verweigert hätten. Es wurde beschlossen, erst die verschiedenen Arbeiterlogen darüber abstimmen zu lassen, ob weitere Schritte von dem Verein der Bergleute von Durham oder von dem nationalen Verbande ausgehen sollten. Die Sache kommt darauf hinaus, ob Durham sich vom Nationalen Verband sofort lossagen soll oder nicht. Jedenfalls wird der Ausstand in Durham um Wochen dadurch verschoben. In Northumberland wurde gestern ein Fragebogen an jeden Bergmann geschickt mit der einen Frage: Wollen Sie wegen 15 1/4 prozentiger Lohnerhöhung feiern? Ja oder Nein. Man erwartet mit ziemlicher Sicherheit, daß Northumberland sich nicht dem Ausstande anschließen wird. Die Grubenbesitzer von Fife und Clackmannan verweigerten gestern auf einer in Edinburgh abgehaltenen Versammlung einstimmig die Forderung der Leute auf 25 prozentige Lohnerhöhung. Die meisten Zechen der Grafschaft Fife besitzen zur Zeit große Kohlenvorräthe. —

Frankreich. Ein Possenreißer des französischen Antisemitismus, der Marquis Morès, hat, wie er selbst erzählt, von dem Juden Cornelius Herz, dem Panama-Gauner, sich eine Spielschuld von 20 000 Franken zahlen lassen. Drumont, der geistreiche literarische Wortführer des Antisemitismus, hat bei Herz für seinen Freund Morès betteln helfen. Die Herz, Morès und Drumont sind einander werth. —

60 Syndikate der Arbeiterbörse, die wegen „Vergehens gegen das Gesetz über die Syndikate" gerichtlich belangt wurden, sind zu je 50 Frs. Geldstrafe verurtheilt worden. Außerdem ordnete der Gerichtshof die Auflösung der betreffenden Syndikate an. Klassenjustiz!

Panamino. Nach dem Antrage des Ober-Staatsanwalts, Senators Bartoli, werden, wie die „Vossische Zeitung" meldet, vor die Geschworenen verwiesen: der ehemalige Gouverneur der „Banca Romana", Komthur und Senator Bernardo Tanlongo, der Kassirer derselben Bank Komthur Cesare Lazzaroni und der Baron Michele Lazzaroni, dessen Neffe, wegen Betruges und Fälschung in der Bankverwaltung; die beiden ersteren außerdem wegen der im Amte begangenen Entwendung oder Unterschlagung einer Gesammtsumme von über 28 1/2 Mill. Lire, Fälschung von Urkunden und Kreditpapieren, Nachahmung von Banknoten im Betrage von 41 Millionen (von denen 421 000 Lire verausgabt wurden), und Bestechung öffentlicher Beamter; Michele Lazzaroni wegen im Amte begangener Entwendung oder Unterschlagung eines Theiles der Summe von 28 1/2 Millionen und Beihilfe zur Unterschlagung derselben, sowie wegen Urkunden- und Kredit-Titel-Fälschung; Pietro Tanlongo, der Sohn des Bankgouverneurs, wegen unmittelbarer Mithilfe zur genannten Unterschlagung und zur Urkunden- und Kredittitel-Fälschung und wegen Banknoten-Nachahmung oder Beihilfe dazu; der Rechtsanwalt Bellucci-Sessa wegen Beihilfe zur Beamtenbestechung und Mitwirkung bei der Unterschlagung oder Entwendung (aus der Bankkasse) von mindestens 523 000 Lire; der Ministerialdirektor Monzilli wegen Annahme einer Bestechungssumme von 59 500 Lire behufs pflichtwidriger Thaten oder Unterlassungen als Beamter und wegen Beihilfe zur Unterschlagung und Fälschung seitens des Bankgouverneurs und Kassirers; der Regierungs-Kommissar Zammarano wegen Annahme von 18 000 Lire behufs Verletzung seiner Pflichten als Bank-Aufsichtsbeamter; der Wechselagent Mortera wegen rechtswidriger Aneignung von 100 000 Lire anvertrauter Gelder; die Einnehmer der „Banca Romana", Agazzi und Paris, wegen Unterschlagung von 97 000 und 5000 Lire Bankgelder, endlich der Kassenbeamte Toccafondi wegen Unterschlagung von 26 595 Lire. Die führenden Politiker aber, die bei diesem Raubzug betheiligt sind, gehen frei aus. Jedenfalls entrollt die Anklage ein Bild tiefster Verderbniß der bürgerlichen Gesellschaft. —

Der auswärtige Handel Rußlands im ersten Halbjahr 1893 belief sich im Export auf 237 341 000 Pud gegen 166 369 000 im vorigen Jahre, die Einfuhr betrug 191 173 000 Pud gegen 174 333 000 in dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. —

Parteinachrichten.

Aus dem Lande der wiedergewonnenen Brüder. Der „Straßburger Bürger-Zeitung" entnimmt unser elsaß-lothringisches Partei-Organ folgende Mittheilung: Gestern Nachmittag gaben einige Bischweiler Sozialdemokraten dem ausgewiesenen Karl Louis das Geleite an die Bahn, und bei der Nachhausekunft fand der 70jährige Schuhmachermeister J..., der in seinem Leben wohl noch wenig mit der Polizei zu thun hatte, einen Strafbefehl „wegen Bettels" vor, mit einem Tage Haft und 1,90 M. Unkosten. Bei der Ueberrumpelung durch die Polizei im Rinckel'schen Lokale wurde nämlich dem betreffenden J... eine Liste abgenommen, auf welche Personen verzeichnet standen, die zum sozialdemokratischen Wahlfonds gesteuert hatten, und wurde wahrscheinlich angenommen, daß J. das Geld zusammengefochten hat. Ob die Personen, die letzthin für ein Priesterjubiläum steuerten, auch einen Strafbefehl „wegen Bettelns" bekommen? Oder hatten sie die polizeiliche Erlaubniß vorher eingeholt? — Nur so weiter gewirthschaftet, das fehlt noch zu dem flotten Geschäftsgang und „hohen" Löhnen, die wir in unserer Stadt haben."

Weiter berichtet die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung" aus Straßburg: Am Sonntag, den 29. Juli d. J. wurde die hiesige Feuerwehr-Musikkapelle aufgelöst. Grund: Am 7. Mai hat ein Theil der Musiker in Hämmerle's Garten, wo die Sozialdemokraten am gleichen Tage ihr Maifest feierten, gespielt. Die hochwohllöbliche Polizei glaubt deshalb, es seien auch Sozialdemokraten. Nun haben sich die Sozialdemokraten um die Musik gar nicht beworben, der Wirth hat sie gestellt. Die Regierung aber macht kurzen Prozeß.

Diese neue Maßregelung ruft unter der hiesigen Bevölkerung großen und allgemeinen Unwillen hervor und zwar um so mehr, da die Feuerwehr-Kapelle sehr beliebt und der Stolz der Einwohnerschaft war. Wenn die Behörde so fortfährt, so kann es noch ganz gut werden!

Die armen Schneider sind durch diese Maßregelung um einen Verdienst gekommen. Es sollte nämlich in allernächster Zeit die ganze Kapelle neue Uniformen bekommen. Man erzählt sich, es seien einige Schneider, welche Aussicht hatten, die Arbeit zu bekommen, ganz wüthend, denn der Auftrag wäre während der Saurengurkenzeit ein fetter Bissen für dieselben gewesen. So geht es bei uns: der Bürger denkt und die Polizei lenkt. Hoffentlich verlernen die Bürger das Denken um deswillen noch nicht, sondern verlegen sich immer ernster darauf, dann wird es am Ende doch besser werden.

Als Reichstags-Abgeordneter Bebel sich vor einigen Tagen in Mühlhausen i. E. aufhielt, ging ein Kriminalschutzmann als steter Begleiter hinter ihm her.

Dieser Mittheilung fügt unser Parteiblatt folgende malitiöse Bemerkung hinzu:

Die für die Vermehrung der Straßburger Schutzmannschaft vor einigen Monaten geltend gemachten Gründe werden hier um einen vermehrt. Am Ende stellt das Straßburger Polizeipräsidium künftig einen „Geheimen" eigens zu dem Zwecke an, Bebeln in die Kreuz und Quer durch Europa nachzureisen. Ob die Steuerzahler mit dieser Verwendung ihrer Groschen einverstanden sind?

* * *

Ein Unterfränkischer Parteitag soll, wie unser Würzburger Parteiblatt mittheilt, am 27. August in Würzburg abgehalten werden.

* * *

Parteifinanzen. Ein gutes Zeugniß der Opferwilligkeit haben die Chemnitzer Genossen abgelegt. Die Einnahme zur Reichstagswahl betrug 4194,91 M., die Ausgabe 2118,47 M., so daß ein Ueberschuß von 2076,44 M. zu verzeichnen ist. 1000 M. werden davon dem Parteivorstand überwiesen.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Wegen Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde der Parteigenosse Robert Franke am 8. August vom Landgericht Dessau zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 5 Monat beantragt. Die unter Anklage gestellte Aeußerung soll Franke in einer am 14. Mai abgehaltenen Wählerversammlung gethan haben. Die Verurtheilung erfolgte auf das Zeugniß des überwachenden Beamten hin.

— Wegen Beleidigung unseres Genossen Fritz Kunert wurde in der am 9. August in Halle abgehaltenen Schöffengerichtssitzung der Agent Hesselbarth, welcher zur Zeit der Wahl die bekannten unehrenhaften Gerüchte über Kunert verbreitet hatte, zu 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Desgleichen erhielt der von Hesselbarth widerklagte Genosse Kunert wegen Beleidigung des ersteren eine Geldstrafe von 10 M. auferlegt, weil er im „Volksblatt" gegen die Angriffe H.'s eine Erklärung abgegeben, worin die bezüglichen Aeußerungen Hesselbarth's als nichtswürdige Verleumdungen bezeichnet wurden.

— Gegen das freisprechende Urtheil, welches das Altonaer Landgericht vor einigen Wochen gegen den Genossen Franz Diedrich, der wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung angeklagt war, gefällt hat, hat der Staatsanwalt Revision eingelegt, soweit sich das Urtheil nicht auf die Anklage wegen Gotteslästerung bezieht. Der Staatsanwalt beantragt, die Sache zur nochmaligen Verhandlung dem Kieler Landgericht zu überweisen.

Soziale Uebersicht.

Genossen! Genossinnen! Es kann und darf Euch nicht gleichgiltig sein, wie Euer tägliches Brot bereitet wird, es darf Euch nicht gleichgiltig sein, daß in Bäckereien Zustände herrschen, die dieselben verseuchen und zu Verschleppungsheerden ansteckender Krankheiten machen, und da von seiten des Staats, dessen Erhebungen nun schon ein volles Jahr dauern, bis jetzt noch nichts geschieht, um die gesundheitswidrigen Zustände in den Bäckereien zu beseitigen, ist es Eure Pflicht, die Bäckereiarbeiter in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Ihr thut dies in Eurem eignen Interesse als Konsumenten der Bäckerei-Erzeugnisse sowohl wie im Interesse einer der am schwersten geplagtesten Arbeiterschaft. Genossen! Genossinnen! Wollt Ihr Euch des weiteren über die Zustände in den Bäckereien informiren, so erscheint am Freitag, den 10. August, um 8 1/2 Uhr in der Unions-Brauerei, Hasenheide, zur Volksversammlung. Zeigt durch zahlreiches Erscheinen, daß Ihr gesonnen seid, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, um den Herren Bäckermeistern eine andere Auffassung über Menschlichkeit und Pflicht beizubringen.

Für die Agitations-Kommission der Bäckereiarbeiter Berlins.
E. H. Kretschmar.

An die Posamenten-Arbeiter und -Arbeiterinnen Berlins. Am Sonnabend, den 12. August, Abends 8 Uhr, findet in Boly' Lokal, Alte Jakobstr. 75, eine öffentliche Versammlung statt. Außer mit der Entgegennahme des Berichts der Agitationskommission, sowie dem des Delegirten der Streik-Kontrollkommission wird sich diese Versammlung hauptsächlich damit zu befassen haben, die Mißstände auf einzelnen Werkstätten ans Tageslicht zu ziehen, sowie die „humane" Handlungsweise mehrerer Arbeitgeber einer gebührenden Kritik zu unterwerfen. Wir erwarten daher vollzähliges Erscheinen sämmtlicher Kollegen und Kolleginnen.

Die Agitationskommission:
Alschmer, Rummelsburg, Türrschmidtstr. 33, II.

Achtung! Schneider und Schneiderinnen. Am Freitag, den 11. August, Abends 8 1/2 Uhr, findet eine Werkstatt- und Geschäftsdelegirten-Sitzung bei Freygang, Schützenstr. 18, statt. Das Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ist nothwendig.

In Geestemünde haben vorgestern 16 am Fischerei-Hafenbau beschäftigte Zimmerleute die Arbeit eingestellt. Die Ursache des Ausstandes liegt darin, daß zwei Beauftragte, die mit dem Meister über die Verkürzung der Arbeitszeit unterhandeln sollten, Feierabend erhielten. Als Antwort auf diese Maßregelung legten sämmtliche Zimmerleute sofort die Arbeit nieder und erklärten sich mit ihren entlassenen Kollegen solidarisch.

Seltsame Ansichten von den Aufgaben der sozialdemokratischen Presse scheint eine arg an Futternoth leidende offiziöse Korrespondenz zu haben, die sich, so gut es geht, durch Hausiren mit Sozialistengift über Wasser zu halten sucht. Brachte sie da kürzlich mit vielem moralisch-politischen Fleiß ein Geschreibsel für ihre Kundschaft zu stande, in dem sie sich in höherem Auftrag darüber ärgerte, daß die Verwaltungsposten in Krankenkassen immer mehr von Sozialdemokraten besetzt werden. Sich über diese, die Arbeiterschaft ehrende Thatsache zu moquiren, ist ja offiziöse Pflicht und wenn die Korrespondenz mit einem Male entdeckt, daß die Verwaltungsämter, die zu einer Zeit geschafft wurden, wo an eine sozialdemokratische Verwaltung noch gar nicht gedacht wurde, Sinekuren seien, an denen gespart werden müsse, weil sie jetzt von Sozialdemokraten versehen werden, so ist diese Anschauung ja ebenfalls vom arbeiterfeindlichen Standpunkt aus ganz in der Ordnung. Von schnurriger Aufgeblähtheit zeugt es aber, wenn die Korrespondenz verlangt, der „Vorwärts" solle ihre freiwilligen und unfreiwilligen Geleien sorgfältigst registriren, damit ihr in der Kapitalistenpresse zu größerer Kundschaft verholfen werde. Wenn wir auch hier und da einmal einen Fußtritt austheilen, so haben wir doch auf unserm Weg zum Siege im großen Ganzen anderes zu thun, als den kleinen Pintschern, deren Gelläff weiter nichts beweist, als daß wir vorwärts schreiten, unverdientermaßen zu Brot und Bedeutung zu verhelfen.

Kassenarzt und Kassenmitglied. Wie die von den Ortskassen angestellten Aerzte zuweilen „arbeiten", geht aus folgendem Schriftstück hervor:

Attest. pp. Nissen, anscheinend (letzteres im Original dreimal unterstrichen) Alkoholist, ist nun glücklich ein paar (3) Wochen Mitglied der Krankenkasse, hat eine chronische alte Kniegelenkentzündung, die sich durchs Arbeiten, das er ja nicht gewöhnt ist, nun wieder verschlimmert hat. N. muß liegen; zu Hause, d. h. in seinem Logis, ist dies angeblich unmöglich, darum besteht der Mensch darauf, ins Krankenhaus zu gelangen. Aerztlicherseits liegt allerdings ein triftiger Grund gegen dieses Verlangen nicht vor.

Riesa, 5./8. 1893 Dr. Festner.

Die Titulaturen, mit denen der von den versicherten Arbeitern zum größten Theil bezahlte „gebildete" Arzt den Kranken beehrt, lassen in der That nichts an Höflichkeit zu wünschen übrig. Hoffentlich richten die Mitglieder der betreffenden Ortskasse an den Mann mit gleicher Höflichkeit, wie sie ihm eigen, das Ersuchen, von seiner Umgangsfähigkeit mit Menschen hinfort in anderen als Arbeiterkreisen Zeugniß abzulegen.

Moderne Räuberwirthschaft. In der „Grundeigenthümer-Zeitung" wird die Hamburger Baufpekulation betreffend folgende Mittheilung gebracht: „Vom 12. bis 14. Juli standen 14 Grundstücke zum Verkauf, darunter 10 Zwangsverkäufe; ein Erbe blieb unverkauft. Die Gesammtsumme der 13 übrigen Grundstücke ergiebt einen Kaufpreis von 782 510 M., wobei nicht weniger als 603 150 M. Hypotheken verloren gingen! Am Pinneberger- und Sandweg wurden 6 Häuser eines Besitzers für 46 600 M. verkauft, wobei die bedeutende Summe von 493 400 Mark verloren ging."

Wie in Hamburg, so wird in allen Großstädten von den Baulöwen nach diesem Raubsystem gewirthschaftet.

Wann endigt für die Krankenkassen die Unterstützungspflicht in Krankheitsfällen? In der „Norddeutschen Allg. Zeitung" ist bezüglich dieser Frage zu lesen:

In dem Entwurfe des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 lautete der 1. Absatz des § 6:

Die Krankenunterstützung ist vom vierten Tage nach Eintritt der Krankheit an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit, jedoch höchstens für 13 Wochen zu leisten.

Schon aus dem Wortlaute ergiebt sich, daß die Krankenunterstützung volle 13 Wochen, d. i. volle 91 Tage gewährt werden sollte. Der Reichstag gab dem Gesetze die Fassung, wie sie jetzt in Abs. 1 und 2 des § 6 enthalten ist. Danach sollte die ärztliche Behandlung und Gewährung von Arznei ꝛc. (Nr. 1) alsbald, ohne Beobachtung einer Karenzzeit, beginnen, die Dauer derselben aber nicht verkürzt werden, also 91 volle Tage betragen. Die Berechnung dieser 91 Tage wäre nur in der Weise denkbar, daß der Beginn auf den Moment gesetzt würde, in welchem zuerst ärztliche Behandlung ꝛc. gewährt ist, so daß z. B., wenn letzteres am 1. Januar 3 Uhr Nachmittags der Fall gewesen, dieselbe um 3 Uhr Nachmittags des 2. April — des 92. Tages — aufhörte. Eine solche Berechnung aber von Moment zu Moment, welche für die Verwaltung des Versicherungswesens die größten Unzuträglichkeiten mit sich führen würde, ist dem Krankenversicherungsgesetz überhaupt unbekannt, bei Anwendung seiner Bestimmungen ist nur die Rechnung nach vollen Tagen zulässig. Es bleibt daher nur die Alternative, den ersten Tag entweder voll oder garnicht einzurechnen. Im ersteren Falle würde der Arbeiter überall da, wo die ärztliche Behandlung ꝛc. — wie fast immer der Fall sein wird — erst im Laufe des Tages begonnen hat, benachtheiligt werden können, indem er dann diese Leistungen für den bezüglichen Theil des letzten, 91., Tages — auch wenn er ihrer zur Zeit bedürftig ist — nicht erhält; nach der ganzen Intention des Gesetzes aber, das Wohl der Arbeiter zu fördern, ist eine Handhabung desselben, welche zu einer Benachtheiligung der Arbeiter führen könnte, als unzulässig anzusehen. Es muß daher der Berechnung, nach welcher der erste Tag nicht mitgezählt wird, der Vorzug gegeben werden. Die Frage, für welche Zeit das Krankengeld zu zahlen ist, bietet keine besondere Schwierigkeit. Die Zeit ist dieselbe, für welche ärztliche Behandlung ꝛc. zu gewähren ist, mit Ausschluß der Karenzzeit. Daß letztere aber außer dem Tage der Erkrankung nur 2 Tage beträgt, geht aus dem bei den Verhandlungen im Reichstage gebrauchten Beispiel, daß ein am Montag erkrankter Arbeiter zuerst für den Donnerstag Krankengeld bekommen soll, deutlich hervor. In dem oben angeführten Beispiel würde also das Krankengeld für die Zeit vom 4. Januar bis 2. April einschließlich, also für 89 Tage weniger die in diese Zeit fallenden Sonn- und Festtage, zu zahlen sein.

Die Maschine und der Arbeiter. Vor einigen Wochen wurden die großen Kaffeebrennereien der Firma Arbuckle u. Co. in Brooklyn, in welchen ungefähr 1000 Personen beschäftigt wurden, geschlossen und es heißt, daß die Brennereien einige Tage geschlossen bleiben werden. Gerüchtweise verlautet, daß die Firma beabsichtigt, eine Anzahl neuer Maschinen einzustellen, wodurch ungefähr 420 Mädchen ihre Arbeit verlieren würden. Vor einem Jahre waren in den Brennereien über 1000 Mädchen mit Verpacken von Kaffee beschäftigt. Die Firma stellte Maschinen ein, womit die Arbeit des Einpackens von weniger Leuten hergestellt werden konnte, und viele Mädchen wurden entlassen. Es wurden dann immer mehr Maschinen angeschafft und die Folge hiervon war, daß jetzt in einer Brennerei, wo früher 300 Mädchen arbeiteten, die Zahl der Arbeiterinnen kaum 20 beträgt. Superintendent Gilmore sagte neulich, daß ein Mädchen ungefähr 900 Pfd. Kaffee täglich verpacken konnte, während man mit der Maschine 12 000 Pfund per Tag verpacken kann, dabei verfertigt die Maschine die Packete, bedruckt dieselben, wiegt und packt den Kaffee ein. Es sind bereits 17 derartige Maschinen in den Brennereien im Betrieb. Gilmore sprach die Ansicht aus, daß in den Brennereien in kurzer Zeit nur Maschinen benutzt werden würden.

Derartige Mittheilungen wirken in ihrer Einfachheit oft aufklärender über den Weg, den die kapitalistische Produktionsweise nimmt, als lange theoretische Auseinandersetzungen über den Zukunftsstaat und ähnliche Dinge. Die Maschine, heute der Fluch des Arbeiters, wird erst in der sozialistischen Gesellschaft segenbringend für Alle wirken.

Die Kohlenförderung in Europa betrug im Jahre 1891 317 000 000 Tonnen, zu denen nicht weniger als 180 000 000 Tonnen von Großbritannien beigesteuert wurden. Deutschland kam zunächst mit 73 000 000 Tonnen.

Hüben und drüben das gleiche Elend. Ein Heroldtelegramm aus Chikago meldet vom 8. August: Die Zahl der hiesigen Arbeitslosen wird auf 50 000, darunter etwa die Hälfte gelernte Handwerker, geschätzt. — In Cincinnati sind etwa 5000 Zimmerleute arbeitslos, ebensoviel werden aus San Francisko gemeldet, während in Buffalo 10 000 und im Pittsburger Bezirk 50 000 Menschen dasselbe Schicksal theilen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 11. August.

Lessing-Theater. Am Tage des Gerichts.
Kroll's Theater. Die weiße Dame.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Nanon.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
Alexanderplatz-Theater. Der Hüttenbesitzer.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Gastspiel der königl. Kammersängerin **Adolphine Grimminger.**
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Prudens, Kouplets v. Linderer. Musik von Adolph Wiedecke. Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 5½ Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7½ Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne:
Novität:
Wirkliches Wasser! Wirklicher Regen!
Berlin unter Wasser
oder: **„Kneipp's Wasserkur".**
Posse mit Gesang und Tanz in 2 Akten von Enny Anders. Regie: Hugo Hummel.
Vorher:
Chansonetten-Liebe.
Posse mit Gesang in 1 Akt von Eugen Prudens. Regie: Fritz Schäfer.
Vor und nach den Possen:
Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.
Neues Programm.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Mittwoch, d. 16. August, im Garten: Erstes großes Kinder-Jubel- u. Trubel-Fest.

Castan's Panopticum. Riesen-Schlangen-Familie

aus **Carl Hagenbeck's** Thierpark.
Ohne Extra-Entree.

Passage-Panopticum. Grösstes

Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor.
Haltestelle der Ringbahn.
Sonntag sowie täglich:
Extra-Vorstellung
mit neuen Spezialitäten.
Garreton-Troupe.
Familie Grunatho.
Gebr. Beyer u. s. w.
Theater-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art.
Entree 30 Pf. Täglich: **Grosser Ball.**
Während der Wintersaison ist der Saal mit Nebenräumen noch an einigen Sonnabenden im Oktober, November und Dezember zu vergeben.

Moabiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80 u. 81.
Donnerstag, den 10. August 1893:
Benefiz
für das beliebte Alberti Trio.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung sowie **Concert.**
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservirter Platz 50 Pf.
4127L* **Helmuth Peters.**

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahn-Station: Zoolog. Garten.
Heute, Freitag, den 11. August,
Anfang 8 Uhr Abends:
Gr. Gala-Sport-Vorstellung.
Zum 2. Male:
Griechisch-römischer Ringkampf zwischen dem Meisterschaftsringer von Deutschland **Heinrich Eberle** und dem Herrn **Hans Vopel,** Schlächtergeselle vom Zentral-Viehhof.
Zum 5. Male: **Die irische Bank,** Sprungszene, ausgeführt von Springpferden erster Klasse unter Sattel.
Zum 35. Male:
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib im Laufe der Jahrhunderte.
Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet.
Ferner Auftreten der vorzüglichsten Kunstreiter, Kunstreiterinnen, Clowns, Spezialitäten allerersten Ranges, sowie Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- u. Freiheitspferde.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Hippodrom unter Wasser.

Berliner Hippodrom

Am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Heute:
Gr. Gala-Vorstellung.
Olympische Spiele, Damen-Jockey-Rennen, Herren-Flachrennen, Post mit je 4 Pferden geritten, Hürden-Rennen, Quadriga-Fahren 2c. 2c.
Zum **1. Mal** in Berlin:
Neu! Neu!
Original Three Johnson's.
Athleten und Kraft-Jongleure, in dieser Vollendung noch **nie** dagewesen!
Zum Schluß:
Am Strande von Ostende.
Gr. Wasser-Pantomime in 12 Bildern.
Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind frei einzuführen.
Sonntag: 2 große Vorstellungen.

Victoria-Brauerei, Lützowstraße 111—112.

Garten resp. Saal
Täglich (außer Sonnabends)
Stettiner Sänger
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonnt. 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf-Billets Sonntags keine Giltigkeit.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich von 5 Uhr ab:
Grosses Frei-Concert.
Soiréen der **Leipziger Sänger** vom **Krystall-Palast.**
Anf. Wochent. 7½ Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 25 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten u. Versamml.
Programm unentgeltlich. **Carl Koch.**

Moritz-Platz. Etablissement Buggenhagen. Moritz-Platz.

Täglich: **Gr. Garten-Konzert.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Ostbahn-Park

am Küstriner Platz,
Hermann Jmbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu u. sensationell: **3 Schwestern Peretti,** Kunstradfahrerinnen.
Emmy u. Reinhold Hintsche, Gesangs- u. Charakter-Duettisten 2c.
Volksbelustig. jeder Art. 4 Kegelbahnen z. Verfügung. Kaffeeküche geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2—5 Uhr.

Altes Schützenhaus,

Linienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 7336

Unserm Freunde Herrn **August Braun** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß sich die Bude dreht und das Bier in dem Arm .... schwebt. S. C. L. K.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(E. H. Nr. 29 zu Hamburg.)
Filiale 4 Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlossermeister

Otto Eisert

plötzlich verschieden ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 11., Nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sankt Georgen-Kirchhofs (Landsberger Allee) aus statt. 224/4
J. A.: **Gorn.**

Neue freie Volksbühne.

Sonnabend, 12. und 26. August:
Italienische Nacht
im Garten des Viktoria-Theaters.
Billets à 30 Pf. (sonst 75 Pf.) an den Zahlstellen. Billets zu „Frau Venus" zu einem Drittel des Kassenpreises. Siehe Säulenanschlag von heute. Zur Generalversammlung am Dienstag, 22. August, bei Josl, Abends 8½ Uhr, haben nur Mitglieder mit neuen Karten Zutritt. 410/4

Reinickendorf.

Böttcher's Seeschlösschen,
Marktstr. 1—2.
Sonntag, den 13. August 1893,
Nachmittags 3 Uhr:
Großes Sommerfest
arrangirt von der Ortsverwaltung Reinickendorf der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler** (Hamburg) zum Besten des Invalidenfonds, unter Mitwirkung des Gesangvereins **„Weiße Rose"** unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Misch. Deklamatorische Vorträge u. s. w. Die Musik wird von Berufsmusikern ausgeführt. Entree 20 Pf. Im Saale **Tanz.** Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 1356b **Das Komitee.**

Osang's trautes Familienheim,

Berlin SO.,
Reichenbergerstraße Nr. 47.
Sonntag, 13. August, von 5 Uhr ab:
Gemüthl. Familien-Beisammensein.
Vorzügliche Speisen und Getränke, zeitgemäße Preise. Jeden Sonntag von früh 9 Uhr ab Eisbeine mit Sauerkohl, ebenfalls halte zu sämmtl. Speisen meinen guten Familien-Bittern als Spezialität empfohlen. Alle Bekannte, Freunde und Genossen mit Familien ladet hierzu ganz ergebenst ein **H. Osang,** Volkshumorist

Wilhelmshöhe, Woltersdorf.

15 Minuten v. **Bahnhof Erkner,** an der Chaussee nach Kalkberge-Rüdersdorf (nicht Schleuse).
Saal für Versammlungen, Garten und Wald für 3000 Personen am Flaken-See. — Kaffeeküche täglich geöffnet.
Um Besuch bittet
4678L* **Carl Gillmann.**

Neues Club-Haus

72. Kommandantenstr. 72.
Empfehle meine **4 Säle** den p. p. **Vereinen u. Gesellschaften** zu **Festlichkeiten, Commersen, Versammlungen etc.** 1244b

Achtung, Töpfer!

Der **Arbeitsnachweis** der zentralisirten **Töpfer** befindet sich **Rosenstraße 30** bei **Wernau,** die Arbeitsvermittelung auch an Nichtmitglieder geschieht unentgeltlich. Jeden Sonnabend Abend werden die Beiträge des Allgemeinen Vereins der Töpfer Deutschlands entgegengenommen; daselbst gelangen auch die Kongreßprotokolle vom achten deutschen Töpfer-Kongreß zur Ausgabe. Von Sonnabend, d. 12. Aug., befindet sich auch die Zahlstelle der Zentral-Kranken-Zuschußkasse daselbst.
328/15 **Der Vorstand.**

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

X- u. O-Beine!

Auf vielfachen Wunsch dehne ich meinen hiesigen Aufenthalt bis zum 14. d. M. aus und bin täglich von 10 bis 2 und 4 bis 6 Uhr anzutreffen: NW., Dorotheenstr. 93, I. Stock vorne.
Heinrich Bayer,
Egalisator-Fabrikant aus Reinfeld in Holstein. 64/3

14 große Fenster. **Elektrische Beleuchtung.**

„Zum Prophet"

Welthaus

in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben,
größtes derartiges Etablissement in Deutschland.
1. Etage, **Am Dönhoffplatz,** 1. Etage,
Ecke Leipziger- u. Kommandantenstraße,
empfiehlt
außer seinem aufs Großartigste assortirten Lager in
fertiger
Herren- u. Knaben-Garderobe
für die Saison folgende Waaren.

Abtheilung I.

Cheviot-Anzüge	von	9	M. an.
Buckskin	„	10	„ „
Crimmitschauer	„	14	„ „
Reise	„	15	„ „
Velour	„	20	„ „
Kammgarn	„	19	„ „
Kammgarn rayé	„	26	„ „
Gehrockfaçon	„	30	„ „

Abtheilung II.

Sommer-Paletots	von	9	M. an.
do. aus ff. Tuch	„	14	„ „
do. elegant in allen Farben	„	20	„ „
do. hochelegante	„	28	„ „

Abtheilung III.
Herren-Sommer-Garderoben.
Jaquets, Juppen, Saccos 2c. in Lustre, Mohair, Cachemire, Orleans, Diagonal, halb und ganz Seide, vom einfachsten zu 1,25 M. an bis zu den elegantesten.
Herren-Waschhosen in allen erdenklichen Stoffen, selbst für den beleibtesten Herrn, von 1,25 M. an.
„ **Westen** in Leinen, Piqué, Seide 2c. von 1,50 M. an.
„ **Staubmäntel** in Jagdtuch, Leinen, Cöper, Beige, bis zu den elegantesten von 3,50 M. an.

Abtheilung IV.

Ulster, grau und karrirt	von	10	M. an.
Schuwaloff, 1- und 2reihig	„	16	„ „
Pellerinen-Mäntel	„	20	„ „

Abtheilung V.
Hosen und Westen.

Tuch-Hosen	von	3	M. an.
Buckskin-Hosen	„	5	„ „
Schwarze Tuch-Hosen	„	6½	„ „
Kammgarn-Hosen	„	8	„ „
Hosen und Westen	„	8	„ „
Nouveauté-Hosen	„	9	„ „

Abtheilung VI.

Schlafröcke in Double	von	7	M. an.
Schlafröcke in Velour	„	10½	„ „

Abtheilung VII.

Westen, einzelne	von	1½	M. an.
Schwarze Tuchwesten	„	3	„ „
Weiße Westen	„	2	„ „

Abtheilung VIII.

Ia. Knaben-Anzüge	von	2	M. an.
„ Nouveauté	„	5	„ „

Haute Nouveauté-Anzüge, wie solche nur Spezial-Geschäfte führen.

Ib. Burschen-Anzüge	von	5	M. an.
„ in Cheviot	„	5¾	„ „
„ „ hochfeine	„	8	„ „
Ic. Jünglings-Anzüge	„	7	„ „
„ in Cheviot	„	8	„ „
„ hochelegant	„	18	„ „
IIa. Knaben-Paletots	„	2¾	„ „
„ mit Pellerine	„	6	„ „

Haute Nouveauté-Paletots zu jedem Preise.

IIb. Burschen-Paletots	von	5	M. an.
Burschen-Schuwaloffs mit Pellerine	„	7	„ „
IIc. Jünglings-Paletots	„	7	„ „
Jünglings-Schuwaloff mit Pellerine	„	11	„ „

Abtheilung VIII b
für Knaben-Sommer-Sachen.
Knaben-Wasch-Anzüge in Moleskin, Satin 2c. von 1 M. an per Stück.
Knaben-Blousen-Anzüge in allen Stoffen von 2 M. bis zu den elegantesten.

Abtheilung VIII c
für Burschen-Sommer-Anzüge.
Wasch-Anzüge in Moleskin, Satin 2c. von 1½ M. an per Stück.
Schul-Anzüge in Turntuch 2c. . . „ 2 „ „ „ „
Einzelne Hosen von 75 Pf. an per Stück.

Abtheilung VIII d
für Jünglings-Sommer-Anzüge.
Complette Turn-Anzüge, sehr haltbar, . . von 2½ M. an.
Complette Jagdtuch-Anzüge, sehr kleidsam, „ 3 „ „
Einzelne Knaben-Juppen und Hosen spottbillig.

Um zu räumen:
ca. 1000 Stück blau Cheviot-Knaben-Anzüge von 3 Mark an,
ca. 300 Staubmäntel von 2½ Mark an,
ca. 1200 Knaben-Strand-Anz. von 2½ M. an.
Für das Verleihen von Fracks, sowie ganzer, schwarzer Anzüge haben wir eine besondere Abtheilung eingerichtet.
Versand nach auswärts gegen Nachnahme.

„Zum Prophet"

Welthaus
fertiger Herren- und Knaben-Garderoben.
1. Etage, **Am Dönhoffplatz,** 1. Etage,
Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.
Sonntags geöffnet von 7—10 u. 12—2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 187. Freitag, den 11. August 1893. 10. Jahrg.

Internationaler Arbeiterkongreß in Zürich.

Zürich, 9. August 1893.

Fünfte Sitzung: Dienstag Nachmittags. (Schluß.)

Die Deutsche Uebersetzung der Gilles'schen Ausführungen durch ihn selbst wurde seitens der deutschen Delegation nur mit großer Unruhe angenommen; man verlangte die Uebertragung ins Deutsche durch die offiziellen Uebersetzer aus dem Bureau, weil man bei der bekannten Charakterfestigkeit dieses Herrn an einer getreuen Widergabe der für die Engländer berechneten Ausführungen zweifelte. Da der in der Geschäftsführung ohnehin nicht sattelfeste Präsident Argyriades aber infolge nervöser Aufregung die Situation nicht mehr beherrschte, und mangels fremdsprachlicher Kenntnisse keinen der deutschen, englischen ꝛc. Zurufe verstand, seine französischen Ausführungen zwar mit Stentorstimme vortrug, es aber fast immer unterließ, die Uebersetzung folgen zu lassen, so nahmen die Verhandlungen zeitweise einen sehr stürmischen Charakter an.

Nach den Ausführungen de Leon's (Amerika) wurde Schluß der Debatte angenommen, die Engländer drohten mit Verlassen des Saales, wenn nicht endlich diese unnütze Debatte und geschäftsführende Verwirrung aufhöre. Noch 19 Redner sind eingeschrieben.

Marchand (Frankreich) spricht gegen den Schluß; es sei zwar viel für die Ausschließung, wenig für die Zulassung gesprochen worden; er verlange nochmalige Verlesung der zu kassirenden Mandate, damit man wisse, was man eigentlich thue.

Die Abstimmung nach Nationalitäten vollzog sich unter großer Spannung. Jedes Votum für die Zurückweisung wurde mit Applaus begrüßt, und als sich herausstellte, daß mit Ausnahme Frankreichs und Hollands alle Nationalitäten die Zulassung der „Unabhängigen“ bezw. Anarchisten abgelehnt hatten, erhob sich donnernder Beifallssturm.

Bebel beantragt nunmehr den Ausfall der morgigen Sitzung, damit die für die einzelnen Punkte der Tagesordnung von den Nationen bestimmten Kommissionen zusammentreten, über ihre Stellungnahme sich berathen und die dem Kongreß vorzulegenden Resolutionen ausarbeiten könnten. Erst wenn diese unerläßlichen Vorarbeiten gethan, sei ein ordnungsmäßiges Arbeiten möglich. Der Kongreß stimmt dem zu. Dann erfolgt der Schluß.

Im Laufe des Nachmittags war auch eine Zuschrift Lawroff's für die russischen revolutionären Sozialisten der Narodnaja Wolja zur Verlesung gelangt. Sie bedauern, nicht vertreten sein zu können, senden aber die herzlichsten Glückwünsche und drücken den Wunsch aus, daß der Kongreß sich auch mit der Agrarfrage beschäftige, da die Lage der Landarbeiter in Rußland eine geradezu schauderhaft unmenschliche sei. Doch blicken sie mit Hoffnung in die Zukunft; die Ideen des revolutionären Sozialismus gewinnen immer weitere Verbreitung, so daß die formelle Bildung einer Sozialistischen Partei auch in Rußland nahe bevorstehe. Darauf nahm Plechanoff das Wort, um unter großem Beifall die Erklärung abzugeben, daß diese Zeit bereits erfüllt sei, er habe ein Mandat aus St. Petersburg erhalten von dem dortigen Arbeiterverein „Emanzipation der Arbeit“, der zwar geheim, aber nicht anarchistisch sei. Geheimbündelei und Anarchisterei seien nicht gleichbedeutend; im Gegentheil, die russischen Revolutionäre stehen auf dem Boden des demokratischen Sozialismus, und der Anarchismus habe in Rußland gar keine Zukunft.

* * *

Sechste Sitzung. Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr.

Den Vorsitz übernimmt Hodge, Vertreter des Parlamentarischen Komitees und Präsident des vorjährigen Gewerkschaftskongresses. Er habe an jenem Kongreß nicht geglaubt, daß er sobald zur Ehre berufen sein werde, einem internationalen Kongresse zu präsidiren; er werde unparteiisch, aber energisch präsidiren. Wir haben bisher noch wenig gethan, unsere von unseren Mandanten übertragene Pflicht zu erfüllen, bisher habe es ihm den Eindruck gemacht, als bestände eine Verschwörung, uns daran zu hindern.

Zwei Anträge sind eingelaufen: die Redezeit auf 10 Minuten für Referent, 5 Minuten für die Debatteredner festzusetzen; jeder Redner soll nur einmal das Wort erhalten.

Der zweite Antrag fordert: für jeden Gegenstand der Tagesordnung soll die Verhandlungszeit auf anderhalb Stunden festgesetzt werden.

Die englische Delegation befürwortet diese Anträge mit dem Hinweise darauf, daß wir noch 10 Gegenstände zu verhandeln und dafür nur 18 Stunden zur Verfügung haben.

Beide Anträge werden angenommen.

Cipriani sendet einen Protest gegen die gestrige Beschlußfassung über den Ausschluß der Anarchisten. Der Kongreß geht mit Stillschweigen darüber hinweg.

Der Kongreß tritt in den ersten Punkt der Tagesordnung ein:

Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages.

Berichterstatter ist Fauquez, Kantonsrath in Lausanne. Die Kommission habe mit Ausnahme Frankreichs den Antrag der vereinigten Schweizer (Organisationen: Grütliverein, Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei) akzeptirt, dazu ein Amendement der Engländer auf Einberufung einer internationalen Staatenkonferenz. Von den Polen war beantragt, die Bestimmungen außer Wirkung zu setzen für die Arbeiter, die weniger als acht Stunden arbeiten; Holland beantragt Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 bezw. 6 Stunden; die Franzosen beantragen, der Kongreß solle den Generalstreik in allen Ländern dekretiren, falls die Regierungen nicht innerhalb eines Jahres der Aufforderung betr. der internationalen Staatenkonferenz entsprochen hätten. Auch die Forderung des Minimallohnes und der Abschaffung der Akkordarbeit wünschten die französischen Delegirten aufgenommen. All' diese Anträge seien abgelehnt worden und bitte er, die Resolution in der von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen Form anzunehmen.

Montagnard als Vertreter der Minderheit beantragt Verwerfung, weil den gerechten Wünschen der Minorität nicht Rechnung getragen worden; namentlich sei es die Forderung des Minimallohnes, auf die sie das Hauptgewicht legten; einestheils verhindere derselbe die Lohndrückerei der verschiedenen Städte gegeneinander, der Arbeiter werde dann nicht gezwungen, des höheren Lohnes wegen von Stadt zu Stadt ziehen und damit seinen Kollegen die Preise zu drücken, auf der anderen Seite ermögliche die Einführung des Minimallohnes zugleich die Durchsetzung einheitlicher Tarife.

Chausse beantragt Aufnahme der Forderung der Ueberzeitarbeit. Wahl der Fabrikinspektoren durch die Arbeiterorganisationen selber, statt der bisherigen Ernennung durch die Bourgeoisregierungen.

Leo Frankl, das bekannte Mitglied der Pariser Kommune, die ihm das Amt eines Arbeitsministers übertragen, beantragt, es möge auch die Forderung aufgenommen werden, daß die Gemeindevertretungen überall da, wo die Majorität die Möglichkeit zur Durchführung haben und seitens der Regierung keine gesetzlichen Hindernisse bestehen, verpflichtet seien, den Achtstundentag für alle von der Gemeinde beschäftigten Arbeiter einzuführen, wenn sie öffentliche Arbeiten in selbständiger Regie aufführen; wo Gemeindearbeiten an Unternehmer zur Ausführung vergeben werden, solle die Gemeindevertretung unter den Ausführungsbestimmungen die Verpflichtung der Unternehmer aufnehmen, allen bei solchen Aufträgen beschäftigten Arbeitern den Achtstundentag zu gewähren.

Seitens der französischen Genossen sei zu seinem großen Bedauern vielfach ein gewisses Mißtrauen gegen die geistigen Proletarier zu Tage getreten. Er meine, der Gedanke des Sozialismus sei so hoch und so erhaben, wie im vorigen Jahrhundert der Gedanke der bürgerlichen Freiheit. Und wie damals die Vertreter des Bürgerthums Hand in Hand gegangen seien mit allen Feinden des Feudalismus, auch wenn sie aus den Reihen des Adels hervorgegangen, er verweise nur auf Marquis Mirabeau, dessen glänzende, bedeutende Rednergabe die wirksamste Waffe in diesem Geisteskampfe gewesen, so müssen auch wir heute mit allen Jenen Hand in Hand gehen, die aus den Reihen der Bourgeoisie zu uns kommen, um mit uns zu kämpfen gegen den Kapitalismus. Und warum auch diese geistigen Proletarier zurückweisen, wo dieselben doch fast durchgängig in noch viel elenderer Lebenslage sich befinden als die Handarbeiter. Er selbst wisse das am besten; ihm könne man nicht den Vorwurf machen, daß er als geistiger Proletarier einseitig eigene Interessen vertrete; er sei selber Handarbeiter (Goldschmied) gewesen, und wenn er heute Geistesproletarier sei, so könne er offen sagen, daß seine soziale Situation besser gewesen als Handarbeiter, denn als Geistesproletarier.

Coda, franz. Schweizer, wünscht, daß die Fragen des Achtstundentages und Minimallohnes zusammengefaßt werden, sonst würde die Arbeiterbewegung um 100 Jahre zurückgeworfen werden. Die Kapitalisten würden den Achtstundentag wegen der Ueberproduktion gerne bewilligen, aber gleichzeitig die Löhne kürzen, wenn nicht ein gesetzlicher Minimallohn dies verhinderte. Wie die Beamten ein festes Gehaltsminimum besäßen, müßten auch die Arbeiter diese Garantie haben. Die australischen Arbeiter hätten seiner Zeit den Achtstundentag nicht angenommen, wenn sie auf der anderen Seite hätten müssen sich Lohnreduktionen gefallen lassen. Die Zahl der Arbeitslosen würde durch den Achtstundentag nicht abnehmen, sondern die industrielle Reserve-Armee immer mehr anschwellen.

Grillenberger giebt angesichts der knappen Uebersetzung der Fauquet'schen Darlegungen eine eingehendere Schilderung der Kommissionsverhandlungen. Man habe die Schweizer Resolution, die in ihrer sorgfältigen Ausarbeitung ein ganzes Referat ersetze, annehmen müssen, um eine Einigung zu erzielen. Sie sei aber auch eine sehr dankenswerthe Arbeit. Der englische Zusatz betreffend Einberufung einer Staatenkonferenz sei akzeptirt worden, obwohl die Deutschen nach den Erfahrungen der letzten Berliner Arbeiterschutz-Konferenz nicht dazu ermuthigen könnten, abermals eine solche zu fordern. Aber demgegenüber hätten die Engländer darauf hingewiesen, daß in England gerade infolge jener Konferenz ganz wichtige gesetzliche Regelungen, besonders bezüglich der Beschränkung der Kinderarbeit, stattgefunden hätten. Die Deutschen hätten lieber auf den letzten Absatz der bekannten Pariser Kongreß-Resolution zurückgegriffen, wonach die Proletarier aller Länder aufgefordert werden, in dem Sinne der internationalen Vereinbarung auf die Regierungen einzuwirken. Die Holländer hätten beantragt, die Achtstunden-Forderung nicht zu einseitig, zu positiv zu betonen; es würden sich bald die Hoffnungen, die heute über deren Wirkungen vielfach vorhanden seien, als Illusion erweisen, und dann wäre es gut, wenn man sofort auf den siebenstündigen oder sechsstündigen zurückgreifen könnte. Die Oesterreicher hätten gleichzeitig auch die Art der Maifeier regeln wollen. Aber — (der Redner muß abbrechen, da die 5 Minuten verflossen).

Clyn (England) wendet sich gegen die Anträge der Minorität, weil die behandelte Frage zu viel Zeit beanspruchen würde. Erst muß die Achtstundenfrage geregelt werden; unter der englischen Arbeiterklasse giebt es viel, die von der ausschließlichen Wichtigkeit der Lohnfrage durchdrungen sind, daß sie gegen den Parlamentarismus sind, obgleich sie keine Anarchisten sind. Sie glauben auch nicht, daß die Frage der Arbeitszeit etwas mit dem Parlament zu thun habe; deshalb haben unsere Vertreter im Parlament die Regierungen aufzufordern, die Frage der Arbeitszeit international zu regeln. Die englischen Kapitalisten haben die Arbeiter immer auf die längere Arbeitszeit auf dem Kontinent verwiesen; demgegenüber müssen die Arbeiter auf den Weg der internationalen Regelung verwiesen, ihnen die Augen geöffnet werden, das Mittel des Parlamentarismus zur Regelung dieser Achtstundenfrage zu benutzen.

Es kommt zur Abstimmung; alle eingebrachten Amendements werden abgelehnt. Für die Forderung betr. Minimallohn stimmten Amerika, Spanien, Frankreich, Italien, Rumänien, Norwegen; Holland enthielt sich; die anderen dagegen. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wurde per Akklamation in folgender Form angenommen:

„Der Kongreß erklärt:

Der Achtstundentag ist eine der wichtigsten Vorbedingungen der endgiltigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitaljoche und die wichtigste Maßregel zur Verbesserung ihrer Lage.

Durch den Achtstundentag wird die Arbeitslosigkeit geringer, die Arbeitstüchtigkeit größer, der Lohn höher und die Kauffähigkeit des arbeitenden Volkes stärker.

Durch den Achtstundentag wird das vom Kapitalismus gestörte Familienleben gehoben und eine bessere Fürsorge für die Kinder ermöglicht.

Durch den Achtstundentag steigt die Gesundheit, Kraft, Intelligenz und Sittlichkeit des Volkes.

Durch den Achtstundentag gewinnt die Arbeiterklasse Zeit zu gewerkschaftlicher und politischer Organisation und Thätigkeit; die politischen Rechte und Freiheiten können erst dann für die soziale Befreiung des Volkes recht nutzbar und wirksam werden.

Der Kampf für den Achtstundentag muß in allen Ländern geführt werden, denn nur die internationale gesetzliche Durchführung des Achtstundentages sichert seinen Bestand und seine segensreiche Wirksamkeit.

Als Mittel zur internationalen Durchführung des Achtstundentages empfiehlt der Kongreß

die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Grundlage und die Agitation und Propaganda für den Achtstundentag durch diese Organisation.

Die Agitation für den Achtstundentag soll betrieben werden durch Flugschriften, durch Vorträge, durch die sozialistische Presse, durch Demonstrationen, in Versammlungen und in den politischen Körperschaften, in Parlamenten, Staats- und Gemeindebehörden aller Art. In der sozialistischen Presse sind unter einer stehenden Rubrik „Achtstundentag“ alle Thatsachen und Bestrebungen für denselben zu verzeichnen und in den politischen Körperschaften sollen die Vertreter der Arbeiter von Zeit zu Zeit Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen, besonders für die von Staat und Gemeinden beschäftigten Arbeiter.

Die sozialistischen Vertreter der nationalen Parlamente sollen sich über ein gemeinsames Vorgehen zur internationalen Einführung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung verständigen und die Regierungen aller Industrie-Länder zu einer internationalen Konferenz veranlassen.

Die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter hat den außerpolitischen, freien Kampf mit dem Unternehmerthum für den Achtstundentag zu führen, um dadurch der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages für die ganze Arbeiterklasse den Weg zu bereiten.“

Die italienische Delegation giebt zu Protokoll, sie habe einstimmig gegen die Schweizer Resolution gestimmt, weil sie in Verbindung gebracht worden sei mit dem englischen Antrage.

Da die Maifeier-Kommission und ebenso die betr. der politischen Taktik der Sozialdemokratie ihre Resolutionen noch nicht vereinbart haben, gelangt zur Verhandlung Punkt 4 der Tagesordnung:

Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle.

Berichterstatter ist Plechanow.

* * *

Nachtrag. Die Kommission zur Berathung der „gemeinsamen Bestimmungen für die Maifeier“, in der zehn Nationen vertreten waren, hat den folgenden Antrag vereinbart:

Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird. — Sieben Nationen stimmten für diese Resolution, drei Nationen dagegen.

Die Kommission, welche die Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle berathen und unter dem Vorsitz von Singer getagt hat, hat den Antrag der Deutschen, der folgendermaßen lautet, mit großer Majorität angenommen:

„Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Sozialdemokratie um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager getheilt hat und die Völker gegen einander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.“

Abgelehnt wurde ein Antrag der Polen und Russen auf Uebergang zur Tagesordnung, weil die Stellung der Sozialdemokratie zur Kriegsfrage allbekannt sei, ebenso der folgende Antrag der Holländer:

„Der Kongreß beschließt, die internationale Arbeiterpartei einzuladen, sich bereit zu halten, um unverzüglich auf eine Kriegserklärung durch die Regierung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu antworten, überall da, wo die Arbeiter einen Einfluß auf den Krieg ausüben können und in den fraglichen Ländern die Kriegserklärung zu beantworten mit einer militärischen Dienstverweigerung.“

* * *

Aus München kommt die Kunde, daß dort der Abgeordnete v. Vollmar nicht unbedenklich erkrankt darniederliegt.

* * *

Privat-Telegramm des „Vorwärts“.

Zürich, 10. August. (Internationaler Arbeiterkongreß.) In der zur Berathung stehenden Frage der Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege erklärt Nieuwenhuis, sein Antrag befinde sich in Uebereinstimmung mit dem Brüsseler Beschluß; die deutsche Resolution sei phrasenhaft und nichtssagend, wogegen die holländische ein bestimmtes Mittel an die Hand gebe. Vor Phrasen kapitulirten die Regierungen nicht. Unter den deutschen Sozialdemokraten mache sich eine chauvinistische Strömung gegen Rußland bemerkbar, wie Bebel's Reden erwiesen, in denen die Kosacken als Kinderschreck aufgemutzt seien. Plechanow's Referat erinnere ihn an Bismarck's Reden; die Angst vor der Barbarei, welche der russische Despotismus über Europa bringen solle, sei kindisch. Die Deutschen hätten mit der Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, gebrochen und seien auf das Niveau der Volkspartei herabgesunken. Aber auch die französischen Parlamentarier hätten nicht gegen den Militarismus protestirt. Der Militarismus habe seine Kraft nicht im stehenden Heere, sondern in der Reserve, deren Mobilisirung man hindern müsse. Dies führe zum Bürgerkrieg, dieser sei aber besser als der Nationalkrieg. Jede Revolution beginne mit dem Militärstreik, werde die holländische Resolution angenommen, so zitterten die Fürsten.

Liebknecht: Der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie zum Militarismus ist seit den Tagen des Protestes gegen die Annexion des Elsaß der gleiche, unveränderte geblieben, die Parole lautet nach wie vor: Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen. Wie sie gewirkt hat, zeigen die letzten Wahlen, in denen die Majorität der Wähler gegen den Militarismus ihr Votum abgegeben hat, wie sie gewirkt hat, zeigen ferner die tausend Jahre Gefängniß, mit denen die deutschen Parteigenossen die seit langen Jahren geführte Agitation gegen das ganze auf dem Militarismus aufgebaute System bezahlt haben. Der holländische Antrag ist nichts als ein frommer Wunsch. Ist der Militärstreik erst durchführbar, dann hat auch die Stunde des Kapitalismus geschlagen. Soweit sind wir aber heute noch nicht. Die schwerste Arbeit liegt noch vor uns, und die besteht nicht in kindischer Kasernenverschwörung, sondern in unermüdlicher sozialistischer Agitation; diese lähmt den Moloch. Man sorge dafür, daß immer und immer mehr sozialistische Rekruten in die stehenden Heere eintreten, dann wird auch das natürliche Ende des Militarismus beschleunigt werden. (Stürmischer Beifall.)

Adler (Wien) tritt für den deutschen Antrag ein. Wir überschätzen nicht unsere Kraft und Intelligenz, doch dürfen wir auch die der Gegner nicht unterschätzen. Wenn der holländische Antrag angenommen wird, so werden die Fürsten nicht zittern, sondern uns auslachen. (Beifall.) Die Annahme dieses Antrages wäre ein Verbrechen am Proletariat; ihm wäre dadurch der falsche Weg gewiesen. Für die Holländer, die nicht in einem Militärstaat leben, ist ein solcher Vorschlag leicht gemacht; auch wenn die Schweizer ihm zustimmten, fände ich es noch begreiflich, doch sind diese viel zu vernünftige

Leute, um sich an dem Utopismus der Holländer zu berauschen. Auch hegt die deutsche Sozialdemokratie keinen Chauvinismus gegen Rußland, sie bekämpft den zarischen Despotismus, doch nicht das russische Volk. Adler schloß unter stürmischem Beifall mit den Worten: Wir sind keine schlechteren Revolutionäre, als die Holländer, ist die Zeit gekommen, so wird es sich zeigen, wer schwätzt und wer handelt.

In der Nachmittagssitzung erklärt sich Nordamerika für Stimmenthaltung.

Aveling hielt namens der englischen Delegation eine glänzende Rede für die deutsche Resolution, ebenso der Schweizer Heritier, sowie ein polnischer und ein ungarischer Delegirter. Die Norweger und Franzosen erklärten sich zum Theil für den holländischen Antrag. Belgien stellt den Zusatzantrag, daß die Abgeordneten im Parlament gegen das Kriegsbudget und für eine allgemeine Entwaffnung zu stimmen haben. Der Italiener Turati befürwortete in feuriger Rede die deutsche Resolution; den Generalstreik würde man mit der Generalfüsilade beantworten. Im Schlußwort erklärte Plechanow, daß Bebel's Angriffe dem Zarismus gelten und nicht dem russischen Volke, welches im Kriegsfalle die Deutschen als Befreier begrüßen werde, gleichwie vor hundert Jahren die Heere des Konvents in Deutschland jubelnd aufgenommen worden seien.

In der Abstimmung wurde der holländische Antrag abgelehnt. Gegen denselben stimmten 14 Nationen, dafür Holland, Frankreich, Norwegen und Australien. Amerika übte Stimmenthaltung. Der deutsche Antrag wurde darauf mit dem Amendement Volders von 14 Nationen angenommen; fünf Nationen enthielten sich der Abstimmung.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung, in welcher der Fall Borgmann zur Verhandlung kommt, findet am Sonnabend, 12. August (nicht, wie wir irrthümlich berichten, am Donnerstag), statt. Sollte die Versammlung nicht beschlußfähig sein, was sehr wahrscheinlich ist, da die Bourgeois-Mehrheit sich auf Vergnügungsreisen befindet, so wird eine zweite Versammlung am Dienstag stattfinden. Diese gilt dann in jedem Falle als beschlußfähig.

Zwölf Tage unschuldig in Untersuchungshaft gesessen hat ein hier fremder älterer Schriftsteller. Derselbe hatte bereits fünf Nächte in einem Fremdenlogis hierselbst gewohnt, als er am folgenden Tage unter dem Verdacht verhaftet wurde, einem jungen Mann, der sich in demselben Absteigequartier befand, 10 Mark gestohlen zu haben. Auf ihn war dieser Verdacht nur deshalb gefallen, weil er am frühen Morgen zuerst von den Gästen aufgestanden war. Innerhalb der ersten dreißig Stunden erhielt der Verhaftete nichts weiter an Speise und Trank, als eine Tasse Kaffee und eine Schrippe. Darauf wurde der Schriftsteller in Gemeinschaft eines Diebes und einer kranken Dirne, die unterwegs in der Charitee abgesetzt wurde, im grünen Wagen in eine Einzelzelle des Untersuchungs-Gefängnisses in Moabit gebracht. Aber schon am nächsten Tage wurde er umquartiert und in eine große Zelle zu acht anderen Gefangenen „versetzt". Unter diesen befanden sich sehr „schwere Jungen", insbesondere ein großer, kräftiger Mann, der als Geistesgestörter zwei Jahre in Dalldorf und längere Zeit in einem Zuchthause verbracht hatte. Und diesen „erfahrenen" Mann hatte der Aufseher zum Stubenältesten ernannt; seinen „Befehlen" mußte der Schriftsteller gehorchen und dabei die schimpflichsten Beleidigungen ruhig hinnehmen. Während der Gefangenschaft hatte er Düten zu kleistern. In krankem Zustande wurde der Aermste schließlich, als man sah, daß man einen Unschuldigen festgenommen hatte, ohne einen Pfennig Geld entlassen, da man vergessen hatte, das ihm abgenommene Baargeld, welches zwar auch nur aus wenigen Groschen bestand, an die Amtsstelle abzuliefern. Eine Entschädigung, ja selbst eine Entschuldigung giebt es nicht, und derselbe Mann, der unschuldig all diese demüthigenden Foltern erduldet hat, wünscht sogar noch, daß sein Name nicht genannt wird, weil das Erleiden einer Schmach, wie unverdient sie auch sein mag, in gewissen Kreisen dem Unglücklichen selbst noch als Schande angerechnet wird. — Herrliche Zustände!

Der Kolporteur Feist aus der Naunynstraße ist wegen Verbreitung der beschlagnahmten Broschüren „August der Starke" und „Katharina II. von Rußland" (aus der im Verlag von Baake, City-Passage, erscheinenden Serie „Gekrönte Häupter") verhaftet worden.

Die Gemeinde Rixdorf hatte vor einiger Zeit bei dem Magistrat von Berlin angefragt, ob Rixdorf aus den Berliner Werken mit Wasser versorgt werden könne. Daraufhin hat jetzt, wie die „Voss. Ztg." mittheilt, der Gemeindevorstand einen verneinenden Bescheid erhalten mit der Begründung: eine Wasserversorgung bisher nicht angeschlossener Gemeinden könne erst in Erwägung gezogen werden, wenn die städtischen Wasserwerke in Friedrichshagen in vollem Betriebe sein werden.

Großes Aufsehen erregte gestern Abend in der Gambrinusbrauerei zu Charlottenburg das Erscheinen dreier Kriminalbeamten, die dort nach einem Doppelmörder suchten. Wie wir hierzu erfahren, war noch in später Stunde von der Staatsanwaltschaft zu Verden die Drahtnachricht eingelaufen, daß in der Herberge zur Heimath von R. Bajan, Wallstr. 2, eine Persönlichkeit eingekehrt sei, die sich Gustav Seidel nenne und wegen zweifachen Mordes schleunigst zu verhaften sei. Dabei war der Festzunehmende als besonders gefährlich bezeichnet worden. Die Polizei ermittelte nun, daß der Gesuchte als Mitfahrer inzwischen in der Gambrinusbrauerei Anstellung gefunden hatte und faßte ihn gerade in dem Augenblick ab, als er mit einem Bierwagen zurückkehrte. Näheres über das Verbrechen, dessen Seidel beschuldigt wird, ist hier noch nicht bekannt. Der Verhaftete stellt sich vorläufig so, als ob er von einem Verbrechen nichts wisse, wird aber voraussichtlich schon heute in sicherer Begleitung nach Verden gebracht werden.

Ueber die Person des Seidel wird folgendes mitgetheilt: Seidel, der die Strumpfwirkerei erlernt hat, ist am 20. Februar 1870 zu Limbach geboren und seit dem Jahre 1891 verheirathet. Er ist Vater eines Kindes, das mit der Mutter in Lichtenstein wohnt. Ende des vorigen Monats ist er über Bremen, Hamburg und zuletzt Spandau nach Charlottenburg gekommen und seit 8 Tagen in der Gambrinusbrauerei als Hilfsarbeiter thätig gewesen. Zuletzt wurde er damit beschäftigt, Stühle von Charlottenburg nach Tegel zu fahren.

Ein Petroleum-Attentat wird aus Rixdorf berichtet: Am Dienstag Abend wurde der Fußgendarm Thiel nach einem Hause in der Ziethenstraße gerufen, da dort der Arbeiter R. seine Frau und Kinder erstechen wolle. Als der Beamte erschien, hatte R. schon seine Familie unter Drohungen auf die Straße getrieben, um mit einer im Hause wohnenden Frau B. zusammenziehen zu können. Die B. befand sich auch schon in der Wohnung des R., als der Beamte den R. veranlassen wollte, sich seiner Familie anzunehmen. Da die B. dies zu verhindern suchte, wurde sie von dem Gendarm zur Thür hinausgeschoben, wobei Frau R. mit einer Tischlampe leuchtete. Plötzlich wandte die B. sich gegen Frau R. und schlug dieser in voller Wucht mit einem kräftigen Faustschlag die Lampe aus der Hand. Hierbei explodirte die Lampe, und im Nu stand der ganze Treppenflur in Flammen. Während die durch den Lärm herbeigelockten Hausbewohner das Feuer zu löschen suchten, hatte sich die B. nach ihrer eine Treppe höher belegenen Wohnung begeben und eine große Kanne voll Petroleum herausgeholt, das sie nun von oben in die Flammen und über die Treppe goß. Die Bestürzung unter den Bewohnern der oberen Stockwerke, die die brennende Treppe nicht passiren konnten, war unbeschreiblich, doch gelang es dem Gendarmen, die Leute so weit zu beruhigen, daß man mit vereinten Kräften das Feuer zu löschen suchte, was glücklicherweise auch gelang, noch bevor die Feuerwehr eintraf. Die B. und ihr Liebhaber wurden nur mit Mühe von dem Gendarmen vor Mißhandlung geschützt und nach dem Amtsgefängniß gebracht. Das Paar hatte bereits alle Vorkehrungen zu einer Auswanderung nach Amerika getroffen, die jetzt wohl einen unfreiwilligen Aufschub erfahren dürfte.

Ein noch nicht aufgeklärter Fall nimmt gegenwärtig die Kriminalpolizei in Anspruch. Am 6. d. M., Nachmittags wurde eine etwa 40 Jahre alte Frau am Halleschen Thor bewußtlos aufgefunden und von der Wache des 35. Polizeireviers aus dem Krankenhause am Urban zugeführt, wo sie am 8. d. M. infolge von Bluterguß nach dem Gehirn starb. Beide Augen zeigen blutunterlaufene Stellen und über die Nase hinweg läuft eine bedeutende Schmarre. Wenn man auch diese letztere auf einen Fall infolge von Krämpfen zurückführen kann, so lassen die blutunterlaufenen Augen immerhin die Annahme zu, daß die Frau etwa in eine Schlägerei verwundet gewesen sei. Bis jetzt hat weder die Persönlichkeit der Todten, noch der Thatbestand festgestellt werden können. Die Leiche ist heute zwecks Rekognoszirung öffentlich ausgestellt worden.

Zu dem Leichenfund auf der Wannseebahn können wir mittheilen, daß in dem übergefahrenen Manne der geisteskranke Rentner Rudolf Heim aus Charlottenburg festgestellt worden ist. Schon vor einiger Zeit war er von Hause verschwunden, in der maison de santé zu Schöneberg wiedergefunden und in seiner Wohnung zurückgebracht worden. Von hier hat er sich wiederum entfernt und wahrscheinlich in selbstmörderischer Absicht vor einen Eisenbahnzug geworfen.

Eine weibliche Leiche wurde am Mittwoch Morgen in Köpenick hinter dem Grundstück „Generalshof" in dem todten Arm der Spree im Wasser treibend gefunden. Es war dies eine etwa 35jährige Frau, die anscheinend in der verflossenen Nacht in selbstmörderischer Absicht in das dort nicht eben tiefe Wasser gesprungen ist. Nach der Kleidung zu schließen, scheint die Aufgefundene in besseren Verhältnissen gelebt zu haben, doch fehlt jeder Anhalt über ihre Persönlichkeit. In der Tasche der Lebensmüden fand sich ein Zettel, auf welchem außer den Worten: „Ich habe der Frau Neumann zu Weihnachten 10 Mark geborgt", sich noch die Angabe: „Große Frankfurterstraße 57" befindet. Angestellte Recherchen ergaben jedoch, daß die Selbstmörderin in diesem Hause nicht wohnhaft ist.

Achtung, Oranienburg! Ersuche diejenigen, welche am Stichwahltage, den 24. Juni, vor dem Nicolas'schen Gasthof mit Stimmzetteln gestanden haben, so schnell wie möglich Ihre Adresse an mich anzugeben.

Theodor Mohaupt, Vertrauensmann,
Oranienburg, Kanalstr. 67.

Gerichts-Zeitung.

Auf eigenthümliche Art ist der Restaurateur Richter zu der Anklage wegen Diebstahls gekommen, die gestern vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts gegen ihn verhandelt wurde. Richter miethete im Jahre 1891 die Erdgeschoßräume eines Hauses zu Restaurationszwecken. Der Besitzer, der nicht im Hause wohnte, übertrug ihm gleichzeitig die Verwaltung desselben. Als der Wirth nach Verlauf des ersten Vierteljahres die Rechnung für das auf den Fluren und Treppen des Hauses verbrannte Gas erhielt, fiel es ihm auf, daß der Betrag sich gegen bisher um das Doppelte erhöht hatte. Er theilte dem Angeklagten die Thatsache mit und empfahl Sparsamkeit. Im folgenden Quartal wiederholte sich die Erscheinung. Da die Flammen- und Stundenzahl dieselbe geblieben war, wie früher, so glaubte man, daß die Leitung undicht sein. Ein herbeigerufener Techniker konnte einen derartigen Mangel nicht entdecken. Das Räthsel wurde erst gelöst, als Richter sein Geschäft nach 2½ Jahren einem Nachfolger abtrat. Es stellte sich heraus, daß der zum Geschäft gehörige Bierkeller an den Eingang zum Quergebäude stieß. Die zu letzterem führende Gasleitung war früher, als der Keller anderen Zwecken diente, durch diesen geleitet und mit einem Ableitungsrohr versehen worden, um den Keller erleuchten zu können. Später, als dieser Raum der Restauration zugewiesen wurde, hatte man das Gasrohr von der Leitung abgeschraubt, mit einem Zapfen verschlossen und verkittet. Der Angeklagte hatte dies entdeckt, die Beleuchtung wieder hergestellt und nun während der ganzen Zeit von dem Gas verbrannt, welches zur Speisung der Hausflammen für Rechnung des Wirthes zugeführt wurde. Der Letztere zeigte Richter wegen Diebstahls an. Im Termine versicherte der so schwer Beschuldigte, daß er sich völlig schuldlos fühle und das Opfer eines Irrthums geworden sei. Als er die Verbindung für seinen Bierkeller angelegt habe, sei er der Ueberzeugung gewesen, daß das hier verbrannte Gas durch seinen eigenen Messer und nicht durch den des Wirthes kontrolirt werde. Nach der ganzen Lage der Leitung habe er dies annehmen müssen. Der Nachfolger des Angeklagten war derselben Ansicht, er habe die Verbindung nur wieder aufgehoben, weil er glaubte, dadurch für sich zu sparen. Nachdem noch mehrere Thatsachen zur Sprache gekommen waren, welche für den guten Glauben des Angeklagten sprachen, beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten, auf welche der Gerichtshof auch erkannte.

Eine Schlägerei zwischen Juden und Antisemiten beschäftigte gestern die 137. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Handlungskommis Isidor Steinfeld hatte dem Uhrmacher Lütger das Nasenbein zerschlagen und befand sich deshalb wegen schwerer Körperverletzung auf der Anklagebank. Wie Steinfeld angab, hatte er in der Nacht zum 30. April cr. mit zwei Glaubensgenossen und Freunden an der Ecke der Lothringer- und Schönhauserstraße gestanden, um sich zu verabschieden. Da seien zwei junge Leute gekommen — wie sich später herausstellte die Uhrmacher Lütger und Baier, welche bei ihrem Anblick in lauter Weise ein Loblied auf Ahlwardt anstimmten. Lütger sei an ihn, den Angeklagten herangetreten und habe gesagt: „Jude, was hast Du für einen schönen Zylinder auf, den hast Du Dir wohl unter'm Mühlendamm gekauft. Gieb mir mal etwas Feuer!" Der Angeklagte habe den Unverschämten gebührend zurückgewiesen im nächsten Augenblick sei eine allgemeine Schlägerei entstanden. Wer den ersten Schlag geführt, könne er nicht sagen, er wolle aber zugeben, von seinem Stocke Gebrauch gemacht zu haben. Die Beweisaufnahme bot etwas von den Angaben des Angeklagten besonders Abweichendes nicht dar. Der Staatsanwalt verkannte nicht, daß der Angeklagte schwer gereizt worden sei, er habe aber mit einem gefährlichen Werkzeug eine erhebliche Verletzung zugefügt und müsse bestraft werden. Er beantragte eine Gefängnißstrafe von 10 Tagen. Das Urtheil lautete nur auf zwanzig Mark Geldstrafe.

Gewerbegericht. Kammer 1. Der Schneider Mikolaydzack beansprucht vom Schneidermeister Kuck 57 M. Lohnentschädigung, weil ihn dieser ohne Kündigung entlassen hat. Der Kläger war eines Montags nicht in der Werkstadt des Meisters erschienen, was die Entlassung zur Folge hatte. M. behauptete nun im Termin, er sei krank gewesen an jenem Tage, während K. ihm vorwarf, er sei betrunken gewesen. Die letztere Behauptung führte zu einem heftigen Disput zwischen den Parteien, der sich darum drehte, ob M. öfter betrunken sei oder nicht; Ausdrücke wie Lügner und Betrüger wurden beiderseits laut, so daß der Vorsitzende die Parteien ernstlich zurechtweisen mußte. Der Zeuge des Klägers, sein Schlafwirth, sagte zu gunsten des Klägers aus. Dem Vorsitzenden schien die ganze Sache zu einem Vergleich „wie gemacht" und er fragte den Beklagten sondirend, wie er sonst mit dem M. zufrieden gewesen sei, jener hätte doch wohl seine Arbeit ganz gut ausgeführt. „Wenn er nicht betrunken war, ja," war die Antwort, welche ob des Tones, in dem sie gegeben wurde, allgemeine Heiterkeit hervorrief. Schließlich kam folgender Vergleich zu stande: Der Beklagte nimmt den Kläger unter den alten Bedingungen wieder in Arbeit und zwar auf vier Wochen. Der Kläger verlangt, wenn einmal einen Tag keine Arbeit vorhanden ist, für diesen keinen Lohn. Im übrigen bezahlt der Beklagte dem Kläger sofort 10 M. und verpflichtet sich, dem Kläger noch 20 M. in wöchentlichen Raten von je 5 M. zahlen.

Eine eigenthümliche Steckbriefsgeschichte theilt die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung" aus Dortmund mit. Am Donnerstag voriger Woche, so berichtet sie, wurde seitens des Amtsgerichts in der „Dortmunder Zeitung" ein Steckbrief gegen einen Genossen erlassen, trotzdem derselbe hier wohnt und ordnungsmäßig angemeldet ist, Steuerzettel erhält und auch seine Wahllegitimation erhalten hat. Grund des Steckbriefs ist die „Fälligkeit" eines amtsgerichtlichen Urtheils über 10 M. oder 2 Tage Haft, wegen eines Renkontre zwischen Straßenpassanten, bei welchem der Betreffende zufällig anwesend war. Auf das erfolgte polizeiliche Strafmandat hatte er gerichtliche Entscheidung beantragt und erwartete täglich die Zustellung über die Festsetzung des Termins. Am Donnerstag erschien nun der Steckbrief ohne daß er von einem Termin in der Sache Nachricht erhalten hatte. Höchst erstaunt theilte er sofort in einem Schreiben dem Gericht mit, daß er hier wohne (er wohnt schon seit 1½ Jahr in derselben Wohnung) und von dem Termin nichts gewußt habe, also von dem ihm zustehenden Rechtsmitel habe keinen Gebrauch machen können und die Annullirung des Termins beantrage, da er, wie gesetzlich vorgeschrieben, nicht ordnungsmäßig geladen sei. Hierauf wurde nun zwar der Steckbrief zurückgenommen, ihm aber das Schreiben mit dem Vermerk zurückgeschickt, daß trotzdem das Urtheil Rechtskraft beschritten hat und ein Rechtsmittel dagegen nicht mehr zulässig ist. Diese Antwort seitens des Amtsgerichts ist uns ein Räthsel. Das Gericht mußte, als in die Verhandlung eingetreten wurde, durch die Postzustellungsurkunde feststellen, ob die Ladung des Angeklagten vorschriftsmäßig zugestellt war, dies ist scheints nicht geschehen, denn sonst durfte eine Verurtheilung unter allen Umständen nicht erfolgen, denn nur auf die Aussage des Belastungszeugen jemanden zu verurtheilen ist nicht zulässig, es sei denn, daß eine ordnungsmäßige Ladung erfolgt ist.

Erfolgreiche Revision. Der frühere Redakteur, Genosse Hoffmann in Zeitz, jetzt in Pankow, hatte vor ungefähr 2 Jahren mehrere Artikel gegen den Polizeikommissar Thormann in Weißenfels a. S. im „Zeitzer Volksboten" gebracht, in welchen er dem Kommissar Unredlichkeiten im Amte, Unterschlagung von Geldern, Bestechlichkeit u. s. w. vorwarf. Nicht Thormann, sondern die vorgesetzte Behörde stellte Strafantrag. In der Verhandlung vor dem Naumburger Landgericht gelang der Wahrheitsbeweis in der glänzendsten Weise, so daß sich der Angeklagte in den Kläger und der angebliche Beleidigte in den Angeklagten verwandelte. Wie sehr der Polizeikommissar in dem Prozeß kompromittirt wurde, geht am besten daraus hervor, daß die städtischen Behörden in Weißenfels die beantragte Pensionirung ablehnten und dem Herrn bedeuteten, freiwillig zurückzutreten, widrigenfalls seine Entfernung aus dem Amte beantragt würde. Der Herr Kommissar zog das Erstere vor. Das Naumburger Landgericht fand aber nicht nur die Form der Artikel diesem Musterbeamten gegenüber beleidigend, sondern wollte außerdem noch eine Beleidigung des ersten Bürgermeisters von Weißenfels darin erblicken, dem angeblich der Vorwurf der Lässigkeit gemacht sein sollte, es verurtheilte den Redakteur Genossen Hoffmann zu 60 M. Geldstrafe und in die durch die vielen Zeugen nicht unerheblichen Kosten. Herr Rechtsanwalt Morris-Berlin, der die Vertheidigung geführt hatte, legte im Auftrage des Verurtheilten gegen dieses überraschende Urtheil Revision ein. Das Reichsgericht hob, wie nicht anders zu erwarten, das Urtheil des Landgerichts Naumburg auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

Soziale Uebersicht.

Das bischen Arbeiterschutz, das mit Müh und Noth den Vertretern des Unternehmerthums abgerungen ist, liegt trotz seiner vielen Durchlöcherungen der patriotischen Ausbeuterschaft immer noch im Magen. Es versteht sich am Rande, daß die publizistischen Hausknechte der kapitalistischen Nimmersatte die Klagen ihrer nothleidenden Herren möglichst bewegt der Welt verkünden; sie wissen eben, daß das Klingern zum Handwerk gehört und daß das Herz des Bundesraths, ach, nur zu leicht in Wehmuth und Rührung vor dem gutintonirten kapitalistischen Gejammer aufgeht. Gegenwärtig macht folgendes Klagegeschrei die Runde durch die kapitalistischen Blätter:

„Es ist von uns schon verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter diese aus einzelnen Berufszweigen fast völlig verdrängt hat. Daran haben auch die erleichternden Bestimmungen des Bundesraths, wie sie für einige Beschäftigungsarten erlassen sind, nichts ändern können. Diese Erscheinung war dem Oberbergamte Breslau namentlich für die Steinkohlen-Bergwerke seines Bezirks aufgefallen, und es hatte sich deshalb an den Vorstand des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins mit der Bitte gewandt, ihm die Gründe dafür mitzutheilen. Der Vorstand hat darauf dem Oberbergamt mitgetheilt, daß der Hauptgrund in dem allgemeinen schlechten Geschäftsgang gelegen habe, der es im vorigen Jahre überhaupt nicht erlaubte, neue Arbeiter einzustellen. Indessen dürfte von einer Einstellung der jugendlichen Arbeiter auch dann kaum die Rede sein, wenn sich die Lage der Montanindustrie wieder heben und der Arbeiterbedarf wieder steigen sollte; dafür aber seien die verschiedensten Gründe maßgebend: Einmal gebe es eine Anzahl von Gruppen, welche aus betrieblichen Gründen von der Einstellung jugendlicher Arbeiter keinen Gebrauch machen könnten, sodann lassen sich die für die jugendlichen Arbeiter festgesetzten Pausen mit der allgemeinen Arbeitszeit nicht in Einklang bringen. Ein fernerer Grund sind die Weiterungen, welche für Betriebsführer und Aufsichtspersonal mit der Beschäftigung dieser Arbeiterkategorie verknüpft sind. Auch sind die Leistungen der jugendlichen Arbeiter nur geringe und die Kosten aus der Arbeiterversicherung gerade für sie verhältnißmäßig hohe. Wenn in Ausnahmefällen eine Verlängerung der Arbeitszeit nothwendig würde, sei es nicht möglich, dieselbe einzuführen, wenn eine große Zahl jugendlicher Arbeiter beschäftigt würde. Schließlich sei auch eine gewisse Unzuverlässigkeit der jugendlichen Arbeiter nicht zu verkennen. Eine Abhülfe erblickt der Vorstand

des genannten Vereins nur darin, daß man überhaupt davon absieht, besondere gesetzliche Erschwerungen und Belästigungen mit der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter zu verbinden, vielmehr soviel Humanität und wohlwollendes Interesse für die betreffenden Arbeiter bei den Arbeitgebern voraussetzt, daß man diesen auch ohne gesetzliche Vorschrift zutraut, sie würden dem jugendlichen Arbeiter nicht größere Anstrengungen zumuthen, als mit der Gesundheit vereinbar ist."

Wer lacht da nicht! Der kapitalistische Wolf im Schafspelze der Humanität und des wohlwollenden Interesses für seine armen Opfer spielt denn doch eine zu üble Figur.

Der patriarchalische Normal-Arbeitstag im Klassenstaat. Aus Güstrow wird gemeldet: Vier beim Gutspächter Burmeister in Zehlendorf beschäftigte Arbeiter hatten vom dortigen Ortsvorstand je ein Strafmandat über 6 M. erhalten, weil sie Abends um 8½ Uhr ohne besondere Erlaubniß ihres Arbeitgebers bezw. dessen Stellvertreters Feierabend gemacht hatten. Dies ist jedoch von jeher von den Arbeitern dort so gehandhabt worden, daß, wenn die die Aufsicht führende Person Abends nach Hause gegangen war, auch die Arbeiter nach Hause gehen konnten, ohne hierzu besonders aufgefordert zu werden. Die gegen obiges Strafmandat von den betreffenden Arbeitern beim hiesigen Schöffengericht eingelegte Berufung ist verworfen und sind die Arbeiter noch in die Kosten verurtheilt worden. Nach dem vereinbarten Kontrakt, den nebenbei die Arbeiter nach ihrer eigenen Aussage nicht einmal genau kennen, sind sie verpflichtet, bis „Sonnenuntergang" zu arbeiten. — Wir wollen nicht unterlassen, noch zu bemerken, daß bei dem betreffenden Burmeister acht Arbeiter beschäftigt sind, welche sämmtlich für den Arbeiterkandidaten Kandt gestimmt haben und die Denunziation kurz nach der Wahl erfolgt ist. Ein weiterer Kommentar ist überflüssig: auch so ist dieser Vorfall geeignet, die von den Konservativen gepriesenen „patriarchalischen" Zustände im gelobten Mecklenburg in eine helle Beleuchtung zu rücken.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 9. August eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes für das verflossene Halbjahr durch den Vorsitzenden, Genossen Loß, verlas der Kassirer, Genosse Ludwig, den Kassenbericht. Die Einnahme betrug nach demselben 616,40 M. und die Gesammtausgabe 186,96 M.; am Halbjahrsschluß verblieb somit ein Bestand von 479,44 M. Die Ostermatinee brachte einen Ueberschuß von 88,15 M. Dieser Ueberschuß und der Kassenbestand wurden der Vertrauensperson überwiesen. Die Versammlung entlastete den Kassirer. Aus der darauf folgenden Neuwahl des Vorstandes gingen als gewählt hervor die Genossen Krieger, 1. Vorsitzender; Lehmann, 2. Vorsitzender; Ludwig, 1. Kassirer; Butschke, 2. Kassirer; Hawering, 1. Schriftführer; Zinke, 2. Schriftführer; R. Berger, Hobus, Leithold, Mewes, Hermann und R. Schütz, Beisitzer. Als Revisoren wählte man die Genossen Paduch, Brademann und W. Mewes. — Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende Mittheilung von dem nicht weniger als sozialdemokratischen Benehmen eines Restaurateurs, der sich in den Verein hat aufnehmen lassen. Der Betreffende heißt Katz. Er verließ die Versammlung frühzeitig mit Hinterlassung eines Zettels, auf dem er angab, nicht länger bleiben zu können, und erklärte, auf die Aufnahme zu verzichten, wenn sie nur widerwillig erfolgen sollte. Das bezahlte Geld wolle er nicht wieder haben und er würde auch ohne Vereinsmitglied zu sein, für die Partei wirken. Nachdem noch einige Genossen zu der Angelegenheit gesprochen hatten, wurde der Ausschluß des Katz und die Zurückerstattung seiner vorweg bezahlten Beiträge beschlossen und zwar einstimmig. Der Vorstand wurde beauftragt, das Arrangement einer Lassalleleier vorzunehmen. Außerdem erhielt er den Auftrag, die Sympathie der Versammlung telegraphisch dem internationalen Kongreß zu übermitteln.

Der sozialdemokratische Wahlverein des fünften Berliner Reichstagswahlkreises hielt am 8. August eine öffentliche Versammlung ab. Nach erfolgter Bureauwahl hielt Genosse Rudolf Köster einen Vortrag über „die Religion und die Errungenschaften der Astronomie", der sehr beifällig entgegen genommen wurde. An der Diskussion betheiligte sich der Kandidat theol. Schulz. Der Gottesbegriff, wie er zur Zeit von Galilai, Keppler und Kopernikus gelehrt wurde, stehe allerdings mit der heutigen Naturwissenschaft im Widerspruch. Daraus resultire aber nicht, nun gänzlich den Gottesglauben zu verwerfen, vielmehr könne auch nach der Darwinistischen Weltanschauung der Gottesglaube bestehen. Er trenne das sittliche Gebiet vom religiösen. Es gebe Leute, welche unsittlich leben und doch an Gott glauben, während andererseits Atheisten oft sehr edle Menschen wären. Die Widersprüche in der Bibellehre und die in der Naturwissenschaft niedergelegten Gesetze bedürfen durchaus einer Regelung, da die Aufklärung unter dem Volk eine doch bei weitem andere sei. Im Uebrigen aber sollten Leute, welche das soziale Leben umgestalten wollen, das religiöse Gebiet nicht betreten, denn dasselbe erfordere ein tieferes Eingehen in dasselbe und sei auch eine Wissenschaft. Der Vertreter des Kreises im Reichstag, Rob. Schmidt, hielt dem Vorredner entgegen, daß er mit seinen Ausführungen wohl sehr vereinzelt dastehe unter seinen zukünftigen Amtskollegen. Wenn er auch nicht alles von ihm Vorgebrachte unterschreibe, so sei er immerhin überrascht von seiner freien Meinung und könne nur wünschen, daß er in Zukunft daran festhalte. Für uns ist Religion Privatsache. Die soziale Entwickelung mache der Kirche immer mehr Anhänger abspenstig und kein Geistlicher sei im stande, dieses zu verhindern. Diese sind Diener der herrschenden Klassen und Gewalthaber, und solche die etwa die Genußsucht der Besitzenden geißeln würden, wie es ähnlich ein englischer Bischof zur Zeit des Dockerstreiks gethan habe, seien weiße Raben. Der Gottesglaube sei in Ländern mit rückständiger Bewegung wie Italien und Rußland am festesten eingewurzelt. Den Gott, wie der Kandidat Schulz meine, vom Uebersinnlichen entkleiden, hieße ihn einfach abschaffen; deshalb empfehle er ihm, den alten Gott zu lassen wie er ist, denn mit dem neuen mache der Klerus dann erst recht keine Geschäfte. Das Volk hat Wichtigeres zu thun, als sich mit simplen Glaubenssätzen den Kopf zu zerbrechen und überläßt auch dieses den herrschenden Klassen. Angesichts der Tausende, welche nicht wissen, wo sie ihr Haupt zur Ruhe legen sollen, gelte es vor allem, einen Zustand auf Erden herbeizuführen, der jedem vor allem eine gesicherte Existenz biete. (Lebhaftes Bravo!) Nachdem Kandidat Schulz noch einige kurze Entgegnungen gegeben, vertrat auch der Referent in seinem Schlußwort ganz entschieden den Standpunkt des Genossen Schmidt.

Hierauf wurde beschlossen, die diesjährige Lassallefeier durch ein Volksfest ohne Entree zu begehen und wurde ein neungliedriges Komitee gewählt, welchem die weiteren Arrangements überlassen bleiben.

Ein Antrag, dem Züricher internationalen Kongreß ein Begrüßungstelegramm zu senden, fand einstimmige Annahme.

Die Freie Volksbühne hielt am 5. August ihre Generalversammlung ab. Nach einer etwas erregten Geschäftsordnungs-Debatte, ob die Versammlung statutenmäßig einberufen sei, an der sich die Herren Schweitzer, Laasch, Dr. Mehring und Schmidt betheiligten, die aber damit endete, daß sich die Versammlung für beschlußfähig erklärte, besprach der Kassirer in eingehender Weise den sehr ausführlich aufgestellten Kassenbericht, der jedem der Mitglieder bereits gedruckt vorlag. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der Verein im verflossenen Geschäftsjahre eine Einnahme von 28 310,95 M. und eine Ausgabe von 30 687,95 M. aufzuweisen hat und über einen Kassenbestand von 2377 M. verfügt. Bei der hierauf erfolgten Vorstandswahl wurde der alte Vorstand in seiner Gesammtheit wiedergewählt. 1. Vorsitzender Dr. Mehring, 2. Vorsitzender Dupont, Kassirer Türk, 1. Schriftführer Otto Schneider, 2. Schriftführer Dubelt, Revisoren Buschold, Bertram und Schmidt. Für den Ausschuß wurden ernannt: Robert Schweichel, Frau Dr. Zadek, Dr. Blaschko, G. Lichtenstein, R. Schmiedel, R. Jungnitsch, R. Schulk und Kurt Baake. Ein Antrag Böttcher, innerhalb 6 Wochen eine neue Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Soll die Freie Volksbühne die Klassischen Dramen in ihr Repertoir aufnehmen, ward angenommen, und ein Antrag: Der Boykott über unsere Kunstinstitute, gleichfalls auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt.

Im Verein der Zimmerer für Berlin und Umgegend hielt am 6. August Genosse Köster einen lehrreichen Vortrag über Astronomie und Wissenschaft, der allseitige Anerkennung fand. Die von der Kommission ausgearbeiteten Statuten wurden mit einigen Aenderungen angenommen, und in den Vorstand folgende Personen gewählt: Ernst Obst, 1. Vorsitzender; Kottlow, 2. Vorsitzender; Richard König, 1. Kassirer; Bardeleben, 2. Kassirer; Hinrichsen, 1. Schriftführer; Rupp, 2. Schriftführer; Thamm, Lehmann und Adolf Schultze als Revisoren. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die vom besten Geiste beseelte Versammlung.

Verein deutscher Schuhmacher, Zahlstelle 2. Versammlung Sonntag, den 13. August, Abends 6 Uhr, Bergstraße 68. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Lützenau über Max Stirner.

Achtung, Hausdiener! Heute Abend 9 Uhr bei Gründer, Köpnickerstraße 109, große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Antrag der Gewerkschafts-Kommission behufs Gründung eines ständigen Auskunftsbureaus. Referent Herr Völkel.

Tanzlehrerverein „Solidarität". Versammlung im Lokal von Ehrenberg, Annenstr. 16, Abends 8½ Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½—10½ Uhr: Süd-Schule, Mariendorferstr. 6 bei Grube. Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstraße 133. Unterricht über Gesetzeskunde und Nationalökonomie. Ost-Schule, Markusstr. 31. Unterricht in Geschichte (alte). Nord-Schule, Müllerstraße 170a: Unterricht in Physiologie und Buchführung. In allen Unterrichtsfächern, mit Ausnahme von Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 5. — Westen, bei H. Werner, Bülowstr. 59. — „Holzarbeiter". Abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Peterson, Veteranenstr. 32. — Lese- und Diskutirklub Otto Reimer, Abends 8½ Uhr Wilhelmshavenerstr. 23 bei Kuba. — Diskutirklub August Geib tagt jetzt Freitag Abends 8½ Uhr Restaurant Zubeil. — Lese- und Diskutirklub „Hand in Hand" 8½ Uhr bei Biewald, Manteuffelstr. 46.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender W. Neumann, Brunnenstraße 150, 2 Tr. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 70. **Freitag.** Uebungsstunde Abends 8 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserscher Männerchor, Schönhauser Allee 29, bei Kuhlmey. — Nord, Bergstraße 69, bei Keller. — Vorwärts I, S.O. Adalbertstr. 21, bei Noll. — Kummer'scher Gesangverein, Tangestraße 65, bei Tempel. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Holzmarktstraße 3, bei Peter. — Maiglöckchen, Hochstr. 332, bei Wilke. — Gemüthlichkeit Pieper, Seydlitzstr. 30. — Palme, in Velten, bei Schröder. — Morgenroth 4, Köpenick, Müggelheimerstr. 3 bei Held. — Karthaus'scher Gesangverein, Lichtenbergerstr. 21, bei Heise. — Gesangverein Morgenroth 2, Charlottenburg, Bismarckstraße 74. — Arbeiter-Gesangverein. — Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Kommandantenstr. 20, Arminhallen. — Gesangverein Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Reichert. — Gesangverein Schmargendorf in Schmargendorf, Wirthshaus. — Zukunft I, Steglitz, Ahornstraße, im Gambrinus. — Gesangverein Collegia 1, Manteuffelstr. 9 bei Nowicki. — Gesangverein Freiheit Moabit, Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 47/49. — „Vereinte Sangesbrüder Moabit" Stromstraße 28 bei Lange. — „Sängerverein Sorgenfrei" Melchiorstr. 15 bei Siehmann. — Gesangverein „Rosalia" Blumenstr. 45 bei Wenk. — „Nord-West-Stern", Altonaerstraße 27 bei Lipke. — „Vineta", Swinemünderstr. 33 bei Quelisch. — Freie Liedertafel, Neue Königstr. 73 bei Hahn. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Mengert's Volksgarten. — Rothe Fahne, Görlitzerstr. 52 bei Vogel. — Sängerchor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Röllig. — Brauer-Gesangverein Gerstenähre, Alte Jakobstr. 83 bei Wienecke. — Männer-Gesangverein Steinnelke, Köslinerstr. 17 bei Wendt.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an P. Henkel, Bergmannstr. 21, Hof 3 Tr. **Freitag:** Tambourverein Ruf, Inselstraße 1. — Tambourverein Wirbel Gartenstr. 34. — Tambourverein „Borussia" Weidenweg 33—34 bei H. Scholz.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 9 Uhr, Berliner Bockbrauerei. — Quartettverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Neue Hochstr. 49. — Männerchor Waldesrauschen, Abends 9 Uhr, bei Weigt, Markgrafenstr. 87. — Privat-Theaterverein Crescendo, Abends 9 Uhr, bei Schulz, Pyrmonterstr. 35. — Musik-Dilettantenverein „Tonika", Abends 8½ Uhr bei Schenk, Krautstr. 39, Uebungsstunde. — Musikverein Frischauf, Restaurant Schröder, Reichenbergerstr. 24.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums Pankstr. 9—10. — Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 9—10.

Vergnügungsverein Esperance, Abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 11—12, im Restaurant. — Vergnügungsverein Veilchen, Abend 8½ Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 183 p. — Geselliger Arbeiterverein Graphia, Abends 8½ Uhr, Alte Jakobstr. 130 (Logenhaus). — Unterhaltungsklub Schiller, Abends 8 Uhr im Restaurant Holzbächer, Dresdenerstraße 3. — Lepidopt. Vereinigung Orion, Abends 9 Uhr Sitzung Schützenstr. 29. — Musikverein Hoffnung, Abends von 9—11 Uhr Uebungsstunde Prinzenstr. 35—37 bei Schneider. — Skatklub Kairo Abends 8 Uhr bei Flick, Simsonstr. 23. Vergnügungsverein Berolina, Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Gleichheit", Andreasstr. 26, Sitzung. Nach derselben Tanz. Tanzlehrer-Verein Solidarität, Abends 8½ Uhr im Lokale von Ehrenberg, Annenstr. 16, Sitzung. — Rauchklub Rothe Fahne, Freitag Abends 9 Uhr, Cuxhavenstr. 45 bei Reichelsdorff.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Vermischtes.

Das Gerücht, der „Fall Lieske" habe eine andere Wendung genommen, ist, wie der „Vossischen Zeitung" aus Frankfurt a. M. geschrieben wird, folgendermaßen entstanden: Der „vor kurzem unter eigenthümlichen Umständen verstorbene Agent" heißt Franz Völcker und kam dadurch ums Leben, daß er am 13. April d. J. beim Nachhausekommen, anscheinend in nicht ganz nüchternem Zustande, die Treppe herabstürzte. Bei der Regelung seines nicht sehr bedeutenden Nachlasses fand man eine Kiste mit allerhand alten Schriften und Papieren, die als werthlos verbrannt wurden. Darüber erboste sich die Haushälterin des Verstorbenen und behauptete, unter jenen Papieren hätten sich wichtige Aufzeichnungen über die Ermordung des Polizeiraths Rumpf befunden, wonach die That von zwei Personen begangen worden wäre. Der Agent habe den Vorfall mit angesehen, aber aus Furcht keine Anzeige erstattet und nur ihr, der Haushälterin, das große Geheimniß mitgetheilt. In der Verhandlung gegen Lieske wurde als festgestellt erachtet, die That sei nur von einer einzigen Person verübt worden, denn ein Tapezirerlehrling Ludwig Schmidt, der in der Nähe des Thatortes stand, sah den Mörder davonlaufen; ebenso sah eine Frau Camphausen, die am Abend vorher mit ihrer Tochter des Weges kam, auch nur eine einzelne Person in verdächtiger Weise sich vor dem Rumpf'schen Hause herumtreiben und erkannte in dieser mit ziemlicher Bestimmtheit den Angeklagten Lieske wieder. Belastend für Lieske war außerdem eine frische Schnittwunde an der Außenseite der linken Hand, die er sich am Tage nach dem Morde auf der Flucht in Zwingenberg hatte verbinden lassen und deren Entstehung er nicht erklären konnte. Die Sachverständigen vermutheten damals, er habe sich in die Hand geschnitten, als er das Schustermesser, mit dem wahrscheinlich die That verübt wurde, aus der Wunde ziehen wollte; denn dazu mußte er Gewalt anwenden, da es sich in den Rippen festgesetzt hatte. Die Behörden haben auf die Aussage der Haushälterin kein Gewicht gelegt und daher keine weiteren Schritte in der Angelegenheit gethan.

Ein Durchgänger. Aus Breslau wird berichtet: Am Mittwoch Abend wurde, wie der „Breslauer General-Anzeiger" meldet, auf dem Oberschlesischen Bahnhofe hierselbst der Buchhalter Ludwig Walter aus Berlin verhaftet, der der Speditionsfirma C. F. Witte in Berlin nach und nach 12 000 M. unterschlagen hatte und am 15. v. Mts. flüchtig geworden war. Der Verhaftete hatte sich einen falschen Namen beigelegt. Geld wurde bei ihm nicht gefunden.

München. Ein Skandälchen schlimmster Art leistete sich der Stellvertreter des Gerichtsvollziehers Leinsinger in München, Herr Emil Bellag, anläßlich einer Pfändung beim Kaufmann Mayer, Augsburgerstr. 4. Die Herrschaft war nicht zu Hause, den größeren Kindern gab B. Geld, damit sich dieselben entfernen und etwas kaufen sollen. Nach Beendigung der amtlichen Funktion stellte der Mann an das 21jährige allein anwesende Dienstmädchen unsittliche Anträge. Als er aber zurückgewiesen wurde und das Mädchen Skandal zu machen drohte, schloß er die Fenster der Wohnung, verfolgte das Dienstmädchen im anderen Zimmer und suchte das Mädchen zu nöthigen, ihm gefügig zu sein. Nur dem energischen Protest des Mädchens gelang es, sich den Zudringlichen ferne zu halten. Die Sache ist zur gerichtlichen Anzeige gebracht worden.

Ein seltsamer Unglücksfall wird aus Roubaix gemeldet. Danach stürzte am Donnerstag an der Wasserleitung ein kolossaler Wasserbehälter von der Tragsäule, welche sich gesenkt hatte. Der Wasserbehälter, welcher einen Durchmesser von 30 Meter hat, war bis an den Rand mit Wasser gefüllt. Der Pförtner der Wasserleitung, dessen Frau und drei Kinder kamen dabei ums Leben. Das Wasser ergoß sich in die nächsten Straßen und richtete großen materiellen Schaden an, welcher auf 200 000 Frs. geschätzt wird.

In Nauheim ist der als Lustspieldichter und Feuilletonist bekannte Schriftsteller **Oskar Justinus** im Alter von 54 Jahren gestorben.

Ruhrartige Erkrankungen sind, wie die Blätter aus Graz melden, in der Umgebung von Gurkfeld derartig heftig aufgetreten, daß die Artillerie-Abtheilung, welche dort behufs Schießübungen anwesend war, schleunigst nach Reichenberg verlegt werden mußte. Auch bei dem in Radkersburg stationirten Militär tritt die Krankheit in besorgnißerregender Weise auf.

Von der Cholera. Wien, den 10. August. Die amtliche „Wiener Abendpost" meldet, daß bei den zwei Personen, welche unter verdächtigen Symptomen in Barbarrow und Mikuliczin verstarben, cholera asiatica konstatirt worden sei. Alle Vorsichtsmaßregeln seien getroffen. In Billi (?) verstarb gestern ebenfalls ein aus Ungarn geflüchteter Arbeiter an cholera asiatica. — Wien, 10. August. Die Landesregierung der Bukowina hat die Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung der Cholera mit Rücksicht auf deren bedeutende Zunahme in den Nachbarländern verschärft. Nur eine einzige Grenzstation, Jykany, nach der rumänischen Grenze hin, bleibt offen; auch dort findet eine strenge ärztliche Untersuchung der Reisenden und eine Desinfizirung des Gepäcks statt. In allen Uebergangsorten sind Sanitätskommissionen eingerichtet. — Budapest. Entgegen dem offiziellen Bulletin, daß keine verdächtige Erkrankung gestern in Ungarn vorgekommen sei, behauptet der „Pesti Hirlap", daß aus dem Bereger Komitat 15 Erkrankungen gemeldet wurden, bei denen der Prof. Pertik in Budapest die asiatische Cholera konstatirt hat. 400 aus dem verdächtigen Marmoroser Komitat eingetroffene Arbeiter wurden heute nach dem Budapester Staatsbahnhof internirt und mußten trotz ihrer Gegenwehr in den Wartesälen und im Freien kampiren. — Petersburg, 9. August. In Warschau ist ein bis jetzt vereinzelt gebliebener choleraverdächtiger Fall vorgekommen. Vom 11. Juli bis 24. Juli sind im Gouvernement und in der Stadt Nijhny Nowgorod einschließlich der dortigen Messe an der Cholera und choleraverdächtigen Krankheiten 258 Personen erkrankt, von denen 102 gestorben sind. Aus Charkow werden vier choleraartige Erkrankungen gemeldet. — Bukarest, 8. August. Nach amtlicher Mittheilung ereigneten sich vom 6. bis 8. August in Braila 15 neue Cholerafälle, darunter 4 Todesfälle; in Sulina 26 Neuerkrankungen, 5 Todesfälle. Das Gerücht vom Auftreten der Cholera in Galatz und Ploiesti wird entschieden dementirt. — Lemberg, 10. August. Generalgouverneur Gurka hat für Kongreßpolen umfassende Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera unter Androhung strenger Strafen bei deren Uebertretung angeordnet. — Rom, 8. Aug. Der „Tribuna" zufolge kamen in Neapel in den letzten 24 Stunden 5 Cholera-Todesfälle vor. — Die heute in Rom verbreiteten Gerüchte von 9 Cholerafällen daselbst sind unbegründet. — Montpellier, 8. Aug. Seit dem 5. August sind hier 7 Personen an Cholera gestorben; heute gab es 3 Todesfälle.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Paris, 10. August. Das „Journal Offiziel" veröffentlicht heute das Gesetz über die Zulassung von Angestellten und Arbeitern fremder Nationalität in Frankreich. Die Anmeldung der Fremden muß bei schweren Strafen in bestimmter Frist erfolgen; auch die Prinzipale sind zur Anmeldung unter Strafandrohung verpflichtet.

London, 10. August. In den meisten Distrikten sind die Kohlenvorräthe erschöpft; die Arbeiter drohen, den Streik bis November auszuhalten.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 10. August. Die Berathungen der Konferenz der Finanzminister sind heute Nachmittag 4¼ Uhr geschlossen worden. Heute wurde in der Berathung der speziellen Vorschläge zur Deckung der Reichsausgaben und zur Durchführung der Reform fortgefahren. Man einigte sich auch hier über die wesentlichen Grundlagen und beschloß, die detaillirte Ausarbeitung und die Erledigung einer Reihe von Spezialfragen der alsbald in Berlin zusammentretenden, aus Vertretern der wesentlich betheiligten Staaten und aus Kommissaren der Reichsverwaltung zu bildenden Kommission zu übertragen. Es scheint beabsichtigt zu werden, soweit irgend thunlich, die gesammten Gesetzentwürfe gleichzeitig dem Reichstage bei seinem demnächstigen Zusammentreten vorzulegen. Alle Aeußerungen der Theilnehmer an der Konferenz zeigen, daß dieselben von den Ergebnissen der Berathungen sehr befriedigt sind. Ueber diese Ergebnisse wird mitgetheilt, daß über den Gang der weiteren Vorarbeiten für die eventuell dem Bundesrathe zu machenden Vorlagen überall ein Verständniß erzielt ist, insbesondere auch hinsichtlich der heute berathenen Frage der eventuellen Besteuerung des Weines. Bindende Beschlüsse sind selbstverständlich nirgends gefaßt worden, da die ganzen Berathungen nur den Charakter eines vorläufigen Gedankenaustausches trugen. Die Frage der eventuellen Besteuerung der Inserate soll bei den Erörterungen ebenfalls gestreift sein.

Wien, 10. August. Ein Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. d. M. an die politischen Landesbehörden fordert dieselben auf, angesichts der zunehmenden Verbreitung der Cholera in mehreren benachbarten Staatsgebieten etwa eingeschleppte Cholerafälle sofort zu untersuchen und geeignete Maßregeln zu treffen. Der Erlaß schärft die im vorigen Jahre aus Anlaß der Epidemie ergangene Instruktion ein, namentlich bezüglich der Anzeige von Erkrankungsfällen, der Beschaffung aller Erfordernisse für die Spitäler, der Ueberwachung der Verkehrsanstalten und industriellen Etablissements, der Aerztebestallung und der Mitwirkung von Bakteriologen bei jeder Landesbehörde.

Wien, 10. August. In Mikuliczyn, Bezirk Nadworna in Ostgalizien, sind heute zwei Cholerafälle vorgekommen, von denen einer tödtlich verlief. Bei zwei in den letzten Tagen aus Mikuliczyn beziehentlich Tartakow gemeldeten Todesfällen ist durch die bakteriologische Untersuchung Cholera asiatica konstatirt worden. In Cilli, Steiermark, starb gestern ein aus Ungarn

gekommener italienischer Eisenbahnarbeiter unter choleraartigen Erscheinungen.

Czernowitz, 10. Aug. Infolge der Choleragefahr hat die Landesregierung die Sperrung sämmtlicher Grenzstationen, mit Ausnahme der Station Itzkany, woselbst eine strenge Untersuchung der Reisenden erfolgt, angeordnet.

Petersburg, 9. August. Die Erhöhung der finnischen Meerbusen-Zölle um 50 pCt. wird in dieser Woche erwartet.

Paris, 10. August. Das „Journal des Débats" bestätigt, daß der Liquidator der Panamagesellschaft, Marquis, bei dem Handelsgerichte die Klage auf Rückzahlung von 100 Millionen Franks eingereicht hat, welche die an dem Syndikat für die Emission von Panamaaktien betheiligten Institute s. Z. als Provision erhalten haben. Ferner klagt der Liquidator auf Rückzahlung von 50 Millionen Franks seitens der ersten Unternehmer. In Royan wurden sämmtliche Baracken des Jahrmarktplatzes durch eine Feuersbrunst zerstört; die Menagerie Pezon wurde mit allen Thieren ein Raub der Flammen.

Paris, 10. August. In einer Versammlung in Draguignan wandte sich Clemenceau gegen seine Gegner, die ein förmliches Verleumdungssystem gegen ihn ausgebildet hätten. Mit Entschiedenheit wies er die Anschuldigung zurück, daß er von Herz Geld empfangen hätte. Herz sei nichts weiter als Aktionär seiner Zeitung gewesen. Clemenceau kam darauf in längeren Ausführungen auf den Panama-Feldzug zurück, welcher von den Monarchisten unternommen worden sei, bekämpfte lebhaft die bekehrten Monarchisten und betonte schließlich, wenn er niemals an der Regierung gewesen sei, so käme dies daher, daß man sie ihm niemals angeboten habe.

London, 10. August. (Unterhaus.) Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Grey erklärte auf eine Anfrage, nach den neuesten Informationen befänden sich Mataafa und dessen Häuptlinge an Bord des britischen Kriegsschiffes „Katoomba", es sei somit deren persönliche Sicherheit verbürgt. Die schließliche Entscheidung hinsichtlich derselben werde Gegenstand der Berathung unter den drei Vertragsmächten sein. — Der Parlamentssekretär des Kolonialamts Buxton erklärte, die Swaziland-Konvention sei von Loch noch nicht unterzeichnet worden. England könne die Schutzherrschaft in Swaziland nicht aufgeben, da es eine solche nie besessen habe.

London, 10. August. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Buenos-Ayres gemeldet wird, sind die Radikalen in La Plata eingerückt. Der Kriegsminister del Valle habe die Entwaffnung beider Parteien heute angeordnet. Die Radikalen forderten die Anerkennung ihrer Regierung, der Kongreß verweigere jedoch dieselbe. Die Minister seien hierüber getheilter Meinung. Es gehe das Gerücht von einer bevorstehenden Ministerkrisis.

Madrid, 10. August. Die Ratifikation des Handelsvertrages mit Schweden und Norwegen ist vollzogen worden. — Gerüchtweise verlautet, daß eine Ministerkrise bevorstehe; der Kriegsminister habe die Absicht, seine Demission einzureichen.

Helsingfors, 10. August. Ein heute veröffentlichter kaiserlicher Erlaß verfügt, daß von morgen ab in Finnland der Einfuhrzoll auf alle deutschen Waaren, einschließlich Tabak, um 50 Prozent erhöht wird.

Briefkasten der Redaktion.

Gesangverein Nordwest. Derartige Aufrufe können nur mit der Unterschrift des Vertrauensmannes aufgenommen werden.

Arbeitervertreter-Verein. Auf die vielen Anfragen, die uns zugehen in betreff der Vorschlagsliste zum Reichs-Versicherungsamt können wir nur antworten, daß, soweit unsere Information reicht, wir die Vorschläge empfehlen können.

G. M. Sie können sie verklagen. Besser ist es freilich, wenn Sie sich gütlich verständigen.

E. R. und J. R. Sie gestehen selbst, daß der betreffende Gärtnereipächter ein bekannter bornirter Mensch ist. Warum soll derselbe nicht auf die Sozialdemokraten schimpfen? Ihm macht es gewiß Vergnügen und uns schadet es nichts.

A. Z. B. Da dürfte Ihre Schwester keine Ansprüche zu erheben haben.

J. H., Friedrichsbergerstr. 10. Das Ihnen gegebene Versprechen ist zu unbestimmt gehalten, um eine Verpflichtung gerichtlich zu begründen.

Rud. Salomo. Bitte, geduldigen Sie sich, bis Genosse Stadthagen wiederkommt. Uns ist die Sache unbekannt.

Herrn Astor u. Schultz. Auf eine weitere Sprechsaalfede können wir uns nicht einlassen. Es sind beide Parteien zu Wort gekommen, und wir glauben damit der Sache genügt zu haben.

O. F. L. 23. Das nicht gebrauchte Rohmaterial ist zurückzuliefern; wenn auch vielfach das Gegentheil üblich geworden war, schützt dies doch nicht dagegen, daß nicht einmal, was schon öfters vorgekommen, wegen der Einbehaltung des nicht gebrauchten oder „ersparten" Stoffes Anklage wegen Unterschlagung erhoben wird.

P. L., Wrangelstraße. Es kommt darauf an, was Sie unterschrieben haben. Tausendfach haben wir davor gewarnt, auf irgend welche Schwindel-Subskriptionen reinzufallen. Aber die Dummen werden nicht alle.

Wilhelm. Nur wenn die Ehescheidung wegen Ehebruchs erfolgt ist, kann ein Strafantrag gegen den Ehebrecher erfolgen.

L. K. Wo das Innungsschiedsgericht zuständig ist, hat das Gewerbegericht nichts zu sagen. Die Ihnen beim Amtsgericht erstandenen Kosten erhalten Sie in keinem Falle wieder ersetzt, da es als Ihre eigene Schuld angesehen wird, wenn Sie beim falschen Richter klagten.

A. B. Es kann Jeder ohne Ausnahme als Anstreicher arbeiten, wenn er Arbeit findet. Das Uebrige ist uns unverständlich.

Graudenzerstr. 2. „Die Beförderung aller versiegelten, zugenähten oder sonst verschlossenen Briefe gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt des In- oder Auslandes auf andere Weise, als durch die Post, ist verboten" besagt § 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 1871 über das Postwesen des Deutschen Reiches. Strafbar ist der Beförderer wie der Absender solcher Briefe. Die Strafe beträgt das vierfache Postporto, jedoch niemals weniger als drei Mark.

F. Szc. Zum Austritt aus der Landeskirche bedarf es nicht der elterlichen Bewilligung.

Religion. Daß einzelne Abgeordnete sich als „religionslos, andere als konfessionslos bezeichnen, entspringt ihrer individuellen Auffassung. Fragen Sie Bebel, warum er sich „religionslos", und Liebknecht, warum er sich „konfessionslos" nennt. Dissident ist, wer nicht zu den staatlich anerkannten Religionsgesellschaften gehört. In den kurzen biographischen Notizen legt doch der Abgeordnete kein Religionsbekenntniß ab.

G. K. Der Wirth muß sich mit ihrem Vorschlage zufrieden geben.

Karschnuke, Zossenerstraße. Sie geben Ihre Klage beim Gewerbegericht zu Protokoll.

J. L. 101. Wenn Sie die Erbschaft antreten, übernehmen Sie auch die Schulden; Sie können sie auch antreten unter dem Vorbehalt, daß Sie für die Schulden nur in Höhe des Werthes der Hinterlassenschaft aufkommen. — Wenn Ihr Vater 24 Jahre mit seiner Wirthschafterin zusammengelebt hat und mit ihr einen Sohn gezeugt hat, so haben Sie als Sohn dieses Verhältniß so zu respektiren, als wenn es ein staatlich anerkanntes wäre. Das ist unseres Erachtens ein höheres Gesetz als alle staatlichen.

Maurer!

Große öffentliche Generalversammlung
der Maurer u. Putzer Berlins
am Sonntag, den 13. d. M., Vormittags 10½ Uhr,
in den „Arminhallen", Kommandantenstraße Nr. 20.

Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Bauschwindel und Submissionswesen". (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Antrag des geschäftsführenden Ausschusses, der Gewerkschaftskommission, behufs Anstellung eines besoldeten Beamten. 4. Besprechung über die Kontrollmarke im Bäckergewerbe. 5. Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Kollegen werden dringend ersucht, zu erscheinen.

H. Schigolsky, Schwedterstraße 27. **F. Gräschke**, Lübbenerstr. 26.
Vertrauensmänner der deutschen Maurer.

Achtung! Achtung!

Große öffentliche Versammlung
aller in der Steinindustrie beschäft. Arbeiter Berlins und Umg.
am Sonntag, den 13. August, Vorm. 10 Uhr,
im Lokal des Herrn Müller, Johannisstraße Nr. 20.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Ph. Thomas** über den neuen Organisations-Entwurf. 2. Diskussion. 3. Unterstützung der Gemaßregelten. 4. Verschiedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend erforderlich. 286/19

Der Vertrauensmann: Joseph Buchmann,
Willibald-Alexisstr. 39.

Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin I.
Sonnabend, den 12. August 1893,
Andreasstr. 64. **Konkordia-Festsäle.** Andreasstr. 64:

Großer Sommernachts-Ball

unter Mitwirkung des Gesangvereins **„Freya"** (Gemischter Chor) Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes. Dirigent Herr **Rockiki.**
Musik, ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivilberufsmusiker Berlins.
Aufführung von lebenden Bildern.
Billets für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf.
Freunde und Gönner des Verbandes ladet freundlichst ein
438/1 **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung
der Holz- und Bretterträger
Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 13. August, Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Klein, Schönlein-Straße Nr. 6.

Tagesordnung: 1. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, eines jeden Kollegen zu erscheinen. Außerdem sind die Kollegen der Firma Sauerland Nachfolger (Poßling) ganz besonders eingeladen.
179/14 **Der Vorstand.** J. A.: **P. Karnal.**

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Soeben erschien: 401/6*

Heft 48
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsspediteure und Kolporteure entgegen.

Achtung, Rohrleger und Gehilfen!
Die nächste Morgensprache findet Sonntag Vormittag bei Rattke, Krautstraße 48, statt. Hierzu laden ein
1328b Mehrere Kollegen.

Mein im Zentrum gelegener **Saal**, 210 Personen fassend, ist den Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Auch sind einige Zimmer für Kassen frei. **E. Seefeld**, Grenadierstr. 33.

Die mir unbewußte Aeußerung zwei Genossen gegenüber, Frau **Engel** vor 2½ Jahren beleidigt zu haben, nehme ich zurück. 1360b
H. Dorn.

Naether & Krausse
Anklamerstr. 44
an der Brunnen-Straße.
Billigste Bezugsquelle für
Uhren. 4383L*
Reparaturen gut und billig.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichh. Lager von ca. **1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge**, sowie einzelne **Röcke, Jaquets, Hosen, Westen** rc. Ferner **Uhren, Ketten, Ringe, Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise-** u. **Holzkoffer, Waschkessel** rc. Sämmtliche **Sachen in alt und neu**, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 8768L*
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maaß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, **recht genau** auf Namen und Hausnummer zu achten.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Mocquets spottbillig!
Proben franko!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Schöne Wohnungen
mit Wasserleitung und Kloset, 1 und 2 Stuben und Küche, 50 bis 70 Thaler, zu verm. 1336b*
Nixdorf, Prinz Handjerystr. 50.

Schlafst. f. H. Nörenberg, Keibelstr. 37 p.

Arbeitsmarkt.

Plätterinnen auf neue Kragen und Manschetten, in und außer dem Hause, bei hohen Preisen und dauernder Beschäftigung verlangt **Ehrhardt**, Frankfurterstr. 80, I. Sft. III.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.
Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 1053b

---

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Bildungsschule (Ostbezirk).
Sonntag, den 13. August, Abends 7 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
in den **Konkordia-Festsälen**, Andreasstraße 64.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Perm: Gekrönte Häupter des 18. Jahrhunderts.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nach dem Vortrag: **Gemüthl. Beisammensein und Tanz.**
403/7 **Die Kommission der Ostschule.**

Posamentenbranche.
Sonnabend, den 12. August, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstraße 75:
Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die bisherige Wirksamkeit der Lohnkommission. 2. Berichterstattung des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 3. Verschiedene Gewerkschaftsangelegenheiten. — Alle Kollegen und Kolleginnen sind hierzu eingeladen.
258/4 **Die Agitations-Kommission.**

Achtung, Holzarbeiter!
Montag, den 14. August 1893, Abends 8½ Uhr,
Große öffentliche Versammlung
der Holzarbeiter Berlins und Umgegend
in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:
1. **Welche Stellung haben wir in der nächsten Zeit einzunehmen?** 2. Diskussion. 3. **Stellungnahme zu den Anträgen der Gewerkschafts-Kommission.** 4. Verschiedenes.
Um rege Betheiligung ersucht
319/4 **Der Vertrauensmann.**

Teltow und Umgegend.
Sonntag, den 13. August, Nachmittags 5 Uhr, im Schützenhause:
Große öffentliche
Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie nach der Wahl. Referent: **Fritz Kasper**-Steglitz. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmanns.
421/15 **Der Einberufer.**

Oranien-Bad
Oranienstrasse 44.
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.
Dampfkasten-Bäder.
Einpackung und Massage.
Leitungswasser. 4310L*

Jamaica-Rum, [131M*
echt Verschnitt u. Fac., Literfl. **1,10, 1,60, 2,10**, bei 5 Fl. **10** Pf. billiger.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. M. 2,10.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. **1,20.**
Echt Stonsdorfer Bitter-Likör, Liter **1,20**, 5 Ltr. **5,50**, 10 Ltr. **10.**
Cognac fine Champagne, ¾ Literfl. **3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.**
Eugen Neumann & Co.,
6a. Belle-Alliance-Platz **6a. 81.** Neue Friedrichstr. **81. 8.** Oranienstr. **8.**

Rohtabak Ernst Förster, Berlin NO., Kaiserstr. 30.

Charlottenburg.
Gastwirthschaft und Fremdenlogis, nachweislich gut gehend, passend nur für Genossen, größerer Unternehmung halber gegen 500 M. Anzahlung zu verkaufen. Auskunft im Komptoir der Gambrinus-Brauerei. 46762

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. Hp**

Preßkohlen, anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend, aus dem Bergwerk bei Königswusterhausen, per Tausend **ab Platz** 4 M. **Beste Senftenberger Mariekohle** 5 M., Mittel-Qualität 4,60 M. **ab Platz**, frei **Keller** 50 Pf., frei **Boden** 75 Pf. pro Tausend mehr. Muster ohne Berechnung frei Haus.
1327b **Frischeisen & Co.,** Kottbuser Ufer 30.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.